

Zukunft Uckermark

Tourismus



Energie



Gesundheit



Bürgerarbeit



**Strategisches Konzept und Antrag des
Landkreises Uckermark zur Umsetzung der
Förderung „Regionalentwicklung stärken -
Beschäftigungsperspektiven eröffnen
(Regionalbudget)**

Impressum

Landkreis Uckermark
Karl-Marx Straße 1
17291 Prenzlau

Tel.: 0 39 84 – 70-0

Fax: 0 39 84 – 70-13 99

E-Mail: landkreis@uckermark.de

in Zusammenarbeit mit dem
Büro Verzahnung & Chancengleichheit
im Landkreis Uckermark sowie weiteren
regionalen Partnern der Kreisentwicklung

Prenzlau, 30. März 2007

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung.....	4
1. Rahmenbedingungen für den Einsatz des Regionalbudgets.....	6
1.1 Sozioökonomische Rahmenbedingungen.....	7
Der Landkreis Uckermark – seine geografische Lage und Verkehrsanbindung	7
Bevölkerungsentwicklung – Grundlage des Arbeitskräfteangebots einer Region.....	8
Wirtschaftsentwicklung – Grundlage für Beschäftigung und soziale Teilhabe.....	10
Beschäftigungsentwicklung	11
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung – Kehrseiten unzureichender Wirtschaftskraft.....	12
1.2 Das Regionalbudget im Kontext der Förderkulisse im Landkreis Uckermark.....	14
2. SWOT-Analyse für die Handlungsbereiche des Regionalbudgets.....	15
3. Kreisentwicklung – zentrale Handlungsgrundlage des Regionalbudgets	19
4. Konzeptionelle Ansätze für den Einsatz des Regionalbudgets.....	20
5. Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsfelder des Regionalbudgets.....	21
5.1 Tourismus – ein breites Aktionsfeld für das Regionalbudget	21
5.2 Energiewirtschaft – Aktionsfeld mit langzeitfristiger Perspektive.....	23
5.3 Gesundheitswirtschaft – Aktionsfeld als Chance im demografischen Wandel.....	25
5.4 Soziale Bürgerarbeit – Gemeinwohlorientierte Beschäftigung	25
5.5 Wirtschaftsnähe und Querschnittsaktionen des Regionalbudgets	27
6. Gender Mainstreaming – zentraler Handlungsansatz im Regionalbudget.....	33
7. Organisation und Umsetzung des Regionalbudgets in der Uckermark	344
7.1 Durchführung und Steuerung des Regionalbudgets	34
7.2 Kriterien der Projektauswahl	37
7.3 Beteiligungsprozess und Öffentlichkeitsarbeit	39

Einleitung

Der Landkreis Uckermark im Nordosten des Landes Brandenburg gehört aufgrund seiner peripheren Lage im dünn besiedelten, ländlichen Raum zu einer der strukturschwächsten Regionen Deutschlands, was u. a. in einer anhaltend hohen Arbeitslosenquote und einer hohen Abwanderung aus dem Landkreis zum Ausdruck kommt. Dabei stehen sich im Landkreis – wie später in der SWOT-Analyse detailliert zu zeigen sein wird – bemerkenswerte Entwicklungspotenziale ebenso beachtlichen Risiken gegenüber – insbesondere in seiner wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung. Vor diesem Hintergrund hat der Landkreis bereits in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen darauf verwendet, erfolgsträchtige Ansätze seiner nachhaltigen Kreisentwicklung herauszuarbeiten. Die in diesem Zusammenhang in verschiedenen Politikfeldern erarbeiteten Entwicklungskonzepte bilden zugleich eine wesentliche Grundlage für das strategische Handeln der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure in der Uckermark.

Diese insbesondere auf die Bereiche Wirtschaft und ländliche Entwicklung ebenso wie auf Beschäftigung und Arbeitsmarktentwicklung fokussierten konzeptionellen Überlegungen, waren eine entscheidende Grundlage für die Erarbeitung des vorliegenden Antrages auf Zuweisung des Regionalbudgets durch das Land Brandenburg. Wie in diesen Dokumenten herausgearbeitet, lässt sich auch dieser Antrag von dem Grundgedanken leiten, dass es die eigenen Kräfte der Region sind, auf die sich der Landkreis bei der Gestaltung seiner wirtschaftlichen und sozialen Zukunft in erster Linie stützen wird. Insbesondere unter diesem Gesichtspunkt wurden auch die Erfahrungen aus jenen vier Brandenburger Regionen eingehend analysiert, die bereits seit Sommer 2005 mit einem solchen Regionalbudget Erfahrungen sammeln konnten, um auch aus diesem Blickwinkel für den Einsatz eines Regionalbudgets in der Uckermark eine geeignete konzeptionelle Grundlage entwickeln zu können.

Eine weitere Grundlage der im Folgenden vorgestellten konzeptionellen Überlegungen für den Einsatz eines Regionalbudgets in der Uckermark ist die Stärkung der arbeitsmarktpolitischen Verantwortung des Landkreises durch die Übernahme der Verantwortung als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 6, Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 des SGB II zum 1. Januar 2005. Ein wesentliches Ziel der Einführung des SGB II, nämlich arbeitsmarkt- und sozialpolitische „Leistungen aus einer Hand“ anbieten zu können, wird mit diesem Optionsmodell umgesetzt. Das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist mit dem Ziel verbunden, durch eine

intensivere Unterstützung der Hilfebedürftigen bei der Eingliederung in Arbeit und durch deren höhere Eigenverantwortlichkeit, Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu beseitigen.

Gründe dafür, dass sich der Landkreis für die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Experimentierklausel entschieden hat, lagen vorrangig in der angespannten wirtschaftlichen Lage in der Uckermark und hier vor allem in der komplizierten Arbeitsmarktsituation, die sich auf die Einkommens- und Vermögenssituation eines Großteils der Bevölkerung und damit gesamtwirtschaftlich auch auf die regionalen Nachfragestrukturen negativ auswirkt. Somit hat der Landkreis die Aufgaben der Vermittlung und Eingliederung wie auch Beratung und Betreuung von langzeitarbeitslosen Menschen in der Uckermark in eigene Verantwortung übernommen. Er hat damit unmittelbar Einfluss auf den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Förderinstrumente, die er aktiv auch im Interesse einer an den Besonderheiten und endogenen Potenzialen orientierten Regionalentwicklung einsetzen kann.

Die wichtigsten Aufgaben dabei sind:

- Die Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen durch:
 - Aktivierung und Förderung der beruflichen Fähigkeiten,
 - Verbesserung des Zugangs zur Bildung,
 - Entwicklung neuer Tätigkeiten im Bereich von Dienstleistungen (sozial, touristisch)
- Die Stärkung von Humanressourcen durch:
 - Maßnahmen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit,
 - Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Firmen,
 - Stärkung der Zusammenarbeit Schule – Wirtschaft,
 - Schaffung finanzieller Anreize zur Förderung des Lebensbegleitenden Lernens
- zielgruppenspezifische Maßnahmen:
 - Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern,
 - Maßnahmen zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen in den Arbeitsmarkt,
 - Förderung des zweiten Arbeitsmarktes

Grundsätzlich verfolgt der Landkreis mit seiner aktiven Arbeitsmarktpolitik das Ziel, neben einer effizienten Integrationsstrategie und der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, die Potenziale und die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen zu fördern, seine Qualifikation zu erhalten und weiterzuentwickeln, um damit seine Chancen für eine Beschäftigung im ungeforderten Arbeitsmarkt zu verbessern.

Im Regionalbudget sieht der Landkreis ein weiteres Instrument, mit dem er die individuelle Förderung des Einzelnen mit den Zielen seiner Kreisentwicklung

verstärkt koppeln und damit die nicht unerheblichen Mittel aktiver Arbeitsmarktpolitik explizit auch für die Strukturentwicklung im Landkreis nutzen kann. Die konzeptionelle Ausgestaltung des Regionalbudgets – ausgerichtet an den strategischen Linien der Kreisentwicklung – wurde klar dem Ziel untergeordnet, langzeitarbeitslose Menschen zu motivieren, mit fachlichem Können auszustatten und deren Vermittlungschancen vor allem in regionalen Unternehmen zu unterstützen. Zugleich sollen sich Synergieeffekte für die regionale Strukturentwicklung ergeben. Mit dem Einbeziehen von Nichtleistungsbeziehenden und Personen aus dem Rechtskreis des SGB III soll die besondere Qualität der Vorhaben des Regionalbudgets unterstrichen werden. Der Akquisition von Eigenmitteln außerhalb des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende kommt aus diesem Grund besonderer Bedeutung zu.

Das vorliegende Konzept zur strategischen Umsetzung des Regionalbudgets in der Uckermark, baut auf vorhandene Entwicklungskonzepte auf und stellt den Handlungs- und Entscheidungsrahmen für die inhaltliche Ausrichtung der zu fördernden Interventionen ebenso wie für die Planung, Auswahl und Prüfung sowie Monitoring und Evaluierung von Projekten dar.

Erstes Kapitel	Grundlinien der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landkreises Uckermark
Zweites Kapitel	SWOT-Analyse
Drittes Kapitel	thematische Schwerpunkte gegenübergestellt den Handlungskonzepten der Kreisentwicklung
Viertes Kapitel	Handlungsfelder des Regionalbudgets
Fünftes Kapitel	inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsfelder
Sechstes Kapitel	Gender Mainstreaming
Siebentes Kapitel	Darstellung der Umsetzungsstruktur im Landkreis

1. Rahmenbedingungen für den Einsatz des Regionalbudgets

Der Landkreis Uckermark versteht das Regionalbudget als Ergänzung zu seiner Eingliederungsstrategie und als ein Mittel der Förderung zur Unterstützung und Begleitung langzeitarbeitsloser Personen Schritt für Schritt bei der:

- Unterstützung der Entwicklung neuer Kompetenzen zur Vermeidung fehlender Fachkräfte in regionalen Unternehmen
- Schaffung von Qualifizierungsmodellen zur späteren Integration in Unternehmen
- Aktivitäten zur Förderung sozialer und fachlicher Kompetenzen zur Verhinderung von Ausgrenzung und Verbesserung der sozialen Teilhabe
- Entwicklung von Hilfe zur Selbsthilfe durch Bürgerarbeit im ländlichen Raum

- Begleitung von Kooperation und Netzwerken im Landkreis Uckermark
- Darstellung von best practic Beispielen und transnationaler Erfahrungsaustausch

Mit dem Regionalbudget soll aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive zugleich ein Beitrag zur Strukturentwicklung des Landkreises geleistet werden. Es wird bewusst als Instrument verstanden, die individuelle Förderung des Einzelnen mit den Zielen der Kreisentwicklung sinnvoll zu verkoppeln und damit zugleich zusätzliche Synergieeffekte für die Kreisentwicklung zu generieren. Dabei hat es in der Verantwortung der regionalen Akteure gelegen, jene Handlungsfelder herauszuarbeiten, in denen aus regionaler Sicht die Mittel des Regionalbudgets den größtmöglichen Beitrag zur Kreisentwicklung leisten können. Dies bedeutet, dass zunächst ausgewählte, für den Einsatz des Regionalbudgets besonders relevante, sozioökonomische Gegebenheiten im Landkreis Uckermark einer Analyse unterzogen werden.

1.1 Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Diesem Anspruch wird im Folgenden dadurch Rechnung getragen, dass wesentliche Entwicklungstendenzen in den Bereichen Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung herausgearbeitet werden. Dabei wurde sowohl auf Untersuchungen zurückgegriffen, die bereits im Rahmen der Erarbeitung anderer Kreisentwicklungskonzepte aufbereitet wurden als auch auf eigenständige Analysen, u.a. um die Datenbasis bis an den aktuellen Rand der Statistik heranzuführen und zu prüfen, ob dadurch ggf. noch Modifikationen in den getroffenen Einschätzungen erforderlich werden. Da im Rahmen dieses Antrages für eine umfassende Darstellung dieser Rahmenbedingungen nicht genügend Platz ist, konzentrieren sich die Folgenden Aussagen auf zentrale Entwicklungslinien. An den entsprechenden Stellen wird jedoch auf jene Dokumente und Untersuchungen verwiesen, in denen Ergebnisse vertiefender Analysen zu finden sind.

Der Landkreis Uckermark – seine geografische Lage und Verkehrsanbindung

Der Landkreis Uckermark befindet sich im Nordosten des Bundeslandes Brandenburg. Mit einem Gebiet von 3.058 km² ist er flächenmäßig der größte Landkreis in Deutschland. Im Jahr 2005 lebten hier 139.326 Einwohner. Mit durchschnittlich 45 Einwohner/km² ist der Landkreis einer der am dünnsten besiedelten im Land Brandenburg. Er setzt sich aus den acht amtsfreien Gemeinden Uckerland, Nordwestuckermark, Prenzlau, Boitzenburger-Land, Lychen, Templin, Angermünde und Schwedt/Oder sowie aus 26 amtsangehörigen Gemeinden der Ämter Brüssow, Gramzow, Gartz/Oder, Oder-Welse und Gerswalde zusammen. Im Norden und Nordwesten grenzt der Landkreis an das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern (Landkreise Uecker-Randow, Mecklenburg-Strelitz), im Südwesten an den Landkreis Oberhavel und im Süden an den Landkreis Barnim. Die östliche Grenze der Uckermark ist gleichzeitig Staatsgrenze zur Republik Polen.

Auf halber Entfernung – der Landkreis liegt etwa 100 km von Berlin und ca. 70 km von Szczecin entfernt – zwischen Berlin und der Ostsee gelegen, ist die Uckermark über die Bahnstrecke Berlin-Prenzlau-Stralsund gut angebunden.

Mit den Autobahnen A 20 und A 11 bestehen ebenfalls gute Anbindungen an das Oberzentrum Neubrandenburg ebenso wie zur Bundeshauptstadt Berlin und dem Wirtschafts- und Tourismuszentrum Szczecin der Nachbarrepublik Polen. Auf Grund seiner peripheren Lage im Bundesland Brandenburg hat er in besonderem Maße mit wirtschaftlichen und daraus resultierenden demografischen Entwicklungsproblemen zu kämpfen. Der ländlich geprägte Charakter der Region wird in vielerlei Hinsicht sichtbar:

- geringe Bevölkerungsdichte ca. 45 EW/km², (vereinzelt sogar < 20 bis 35 EW/km², im Vergleich zu Brandenburg 88 EW/km²),
- ein hoher Naturreichtum (Anteil von Schutzgebieten: 3 Großschutzgebiete und zahlreiche Landschaftsschutzgebiete),
- speziell die Uckermark wird als eine der strukturschwächsten Regionen Deutschlands bezeichnet (siehe Arbeitslosenzahlen, Abwanderung etc.),
- äußerer Entwicklungsraum durch die Entfernung zur Metropole Berlin und Szczecin

Von der Gesamtfläche der Uckermark werden 63 % landwirtschaftlich genutzt, 22 % sind Waldfläche. Die Region kennzeichnen weitläufige zusammenhängende und zugleich wenig zersiedelte Landschaftsräume, wobei 58 % der Gesamtfläche (ca. 1.780 km²) einem direkten Schutzstatus unterstellt sind.

Bevölkerungsentwicklung – Grundlage des Arbeitskräfteangebots einer Region

Im Gefolge der sich seit 1990 vollziehenden wirtschaftlichen Umstrukturierung hat der Landkreis Uckermark einen starken Bevölkerungsverlust hinnehmen müssen. Zwischen 1990 und dem 31. Juli 2006 verlor die Uckermark 32.261 Einwohner – mit anderen Worten: knapp ein Fünftel ihrer Bevölkerung (19 %). Dieser Entwicklungstrend konnte noch nicht abgeschwächt werden und hält weiterhin an. Ein Vergleich der Bevölkerungsentwicklung mit dem Landkreis Barnim bzw. dem Land Brandenburg insgesamt verdeutlicht sehr anschaulich, die schwierigen demografischen Herausforderungen, vor denen die Uckermark steht. Aus einem direkten Vergleich mit dem Landkreis Barnim wird deutlich, dass der Barnim mit einem 17 % tigen Bevölkerungszuwachs von seiner unmittelbaren Randlage zu Berlin partizipiert, während die Uckermark in diesen Jahren einen stetigen Bevölkerungsverlust hinnehmen musste. Mit etwa zwei Prozent Bevölkerungsverlust ist der Bevölkerungsstand des Landes Brandenburg insgesamt in diesem Zeitraum in etwa konstant geblieben. Dies zeigt auch unter demografischen Aspekten, dass die peripheren Entwicklungsräume des Landes vor besonderen Herausforderungen stehen, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung dieser Regionen geht.

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Uckermark – im Vergleich zum Landkreis Barnim und zum Land Brandenburg

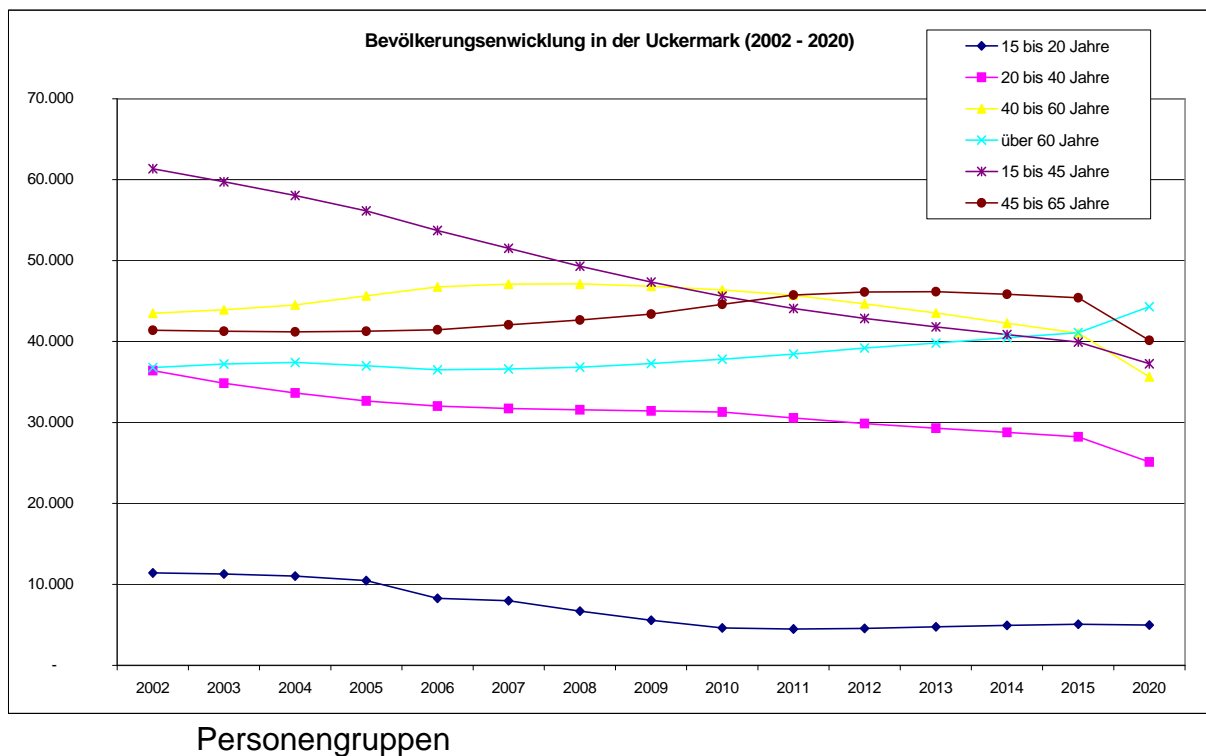
Jahr	Landkreis Uckermark	Landkreis Barnim	Land Brandenburg
	Personen		
1990	170.409	150.687	2.602.404
2001	148.606	171.490	2.593.040

2002	145.715	172.382	2.582.379
2003	143.411	173.951	2.574.521
2004	141.454	175.861	2.567.704
2005	139.326	176.693	2.559.483
2006	138.332	176.860	2.552.845
2005 / 1990	- 31.083	26.006	-42.921

Quelle: LDS

Der gravierende Bevölkerungsrückgang ist zugleich mit deutlichen Veränderungen in der strukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung verbunden. So hat die Uckermark in den letzten drei Jahren – also zwischen 2002 und 2005 – neben ihrem Bevölkerungsverlust auch deutliche Verschiebungen in ihrer Altersstruktur zu verzeichnen. Und es ist abzusehen, dass sich dieser Alterungsprozess in den kommenden Jahren fortsetzen wird.

Abbildung 1: Veränderungen in der altersmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung in der UM im Zeitraum 2002 und 2020 nach



Quelle: SÖSTRA-Grafik auf der Grundlage der amtlichen Bevölkerungsstatistik und -prognose.

Es wird deutlich, dass der Anteil der Personengruppe im Alter ab 65 Jahre bis 2020 spürbar zunimmt. Dieser Zuwachs erfolgt vor allem zu Lasten der Personengruppe, die sich im arbeitsfähigen Alter befindet (15 bis unter 65 Jahre). Diese Altersgruppe geht nicht nur zahlenmäßig absolut zurück – auch ihr Anteil an der Bevölkerung insgesamt ist rückläufig. Eine Konsequenz davon ist ein steigendes Durchschnittsalter der Bevölkerung, welche 2002 noch bei 42,4 Jahren lag. Für 2020 wird demgegenüber ein Durchschnittsalter von 48,7 Jahren prognostiziert (vgl. Abbildung 1).

Die skizzierten demografischen Entwicklungstendenzen werden dadurch verstärkt, dass sich die Abwanderungsprozesse in einer besonderen Größenordnung und Dynamik vollziehen. Dieses Wanderungsverhalten ist u.a. auf die Arbeitsmarktsituation im strukturschwachen ländlichen peripheren Raum zurückzuführen. Insbesondere die hohen Arbeitsplatzverluste im landwirtschaftlichen Sektor der 90er-Jahre konnten weder vom Industrie- noch vom Dienstleistungssektor aufgefangen werden. Ebenso ist das Investitionsniveau in der Region im Vergleich zum Landesdurchschnitt gering.

Es ist abzusehen, dass die skizzierten Alterungstendenzen im Landkreis seine Entwicklungsprobleme als ländlicher Raum weiter verstärken werden. Begrenzte und unzureichende Angebote des ÖPNV, die Versorgung der ländlichen Region mit technischer und sozialer Infrastruktur sind weitere Herausforderungen der Zukunft. Gleichwohl sind die ländlichen Gemeinden in der Uckermark seit jeher durch eine niedrige Bevölkerungsdichte und disperse Siedlungsstrukturen gekennzeichnet. Diese Veränderungen beeinflussen das Geburten- und Wanderungsverhalten der jüngeren erwerbsfähigen Bevölkerung in negativer Weise und bewirken insbesondere in den kleineren ländlichen Gemeinden einen enormen Schrumpfungsprozess. Besonders nachteilig wirkt sich dabei aus, dass qualifizierte junge Menschen, die in der Region ausgebildet wurden, diese verlassen und es gegenwärtig völlig offen ist, ob sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder in den Landkreis zurückkehren werden. Weiterhin ist für die Uckermark als ländlicher Raum charakteristisch, dass 65 % der Gesamtbevölkerung in den vier Städten Prenzlau, Templin, Angermünde und Schwedt und damit auf ca. 11 % der Fläche des Landkreises leben.

Wirtschaftsentwicklung – Grundlage für Beschäftigung und soziale Teilhabe

Der zentrale Indikator für die wirtschaftliche Leistungskraft einer Region ist das Bruttoinlandprodukt (BIP) – als Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen in einer Region nach Abzug von Vorleistungen und Importen. Dieses BIP ist seit 1990 im Landkreis Uckermark – im Vergleich zum Land Brandenburg – überdurchschnittlich gewachsen. So wurden bereits 2001 mit 2,5 Mrd. € fast 6 % des BIP des Landes Brandenburg in der Uckermark erwirtschaftet. An dieser Stelle muss klar darauf hingewiesen werden, dass die positive Entwicklung bei der Wertschöpfung im Wesentlichen durch die Sonderrolle von Schwedt/Oder mit einer profitablen Raffinerie bedingt wird.

Im produzierenden Gewerbe weist die Uckermark eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur auf. So haben im verarbeitenden Gewerbe die Bereiche Mineralölverarbeitung, Papierindustrie, Ernährungsgewerbe, Metallverarbeitung und Maschinenbau aber auch das Holzgewerbe eine große Bedeutung. Die Chemie- und Papierindustrie, der Bereich nachwachsender Rohstoffe sowie der Tourismus in der Uckermark sind vom brandenburgischen Wirtschaftsministerium als „tragende Säulen der uckermärkischen Wirtschaft“ bezeichnet worden.

Räumlich gesehen konzentriert sich die außerlandwirtschaftliche Wirtschaftsentwicklung auf die Standorte Schwedt/O. (Chemie- und Papierindustrie), Prenzlau (erneuerbare Energien, Metallverarbeitung, Armaturenherstellung) sowie Templin mit seiner Konzentration auf den Tourismus. Für die Region ist weiterhin charakteristisch, dass sich ihre

wirtschaftliche Basis im Wesentlichen aus klein- und mittelständische Unternehmen zusammensetzt, die sich wiederum vorrangig auf lokale und regionale Märkte orientieren.

Ein besonderer Stellenwert im Wirtschaftsgefüge des Landkreises kommt dem Tourismus zu.¹ Mit ca.723.790 registrierten Übernachtungen und ca.220.320 Gästeankünften lag die Uckermark im Jahr 2006 auf Platz 6 der insgesamt 13 Reisegebiete Brandenburgs. Dabei zeigt sich in den letzten Jahren eine grundsätzliche Entwicklung mit leicht positiver Tendenz. Mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 3 Tagen wird die Region – wie auch die anderen Brandenburger Reisegebiete – durch Wochenend- und Kurzurlauber charakterisiert. Einen wesentlichen Beitrag zum Gästeaufkommen insgesamt leisten in der Uckermark Tagestouristen, die jedoch statistisch nicht erfasst werden. Im ILEK für den Landkreis Uckermark wird dazu unter räumlicher Perspektive festgestellt, dass sich „die Regionen mit dem höchsten touristischen Potenzial im Raum Lychen und Templin, im Bereich der Uckermärkischen und Feldberger Seen sowie im Nationalparkbereich Unteres Odertal (befinden).“²

Als touristische Entwicklungsperspektiven werden im Wirtschaftsrahmenplan die beiden Themen Wellness/Gesundheit sowie Naturerlebnistourismus hervorgehoben – also beispielsweise der Besuch von Großschutzgebieten oder allgemeine landschaftsbezogene Erholung.³ Insbesondere in diesen Bereichen ist der Tourismus im Landkreis bereits gut aufgestellt, auch wenn er dabei nicht über Alleinstellungsmerkmale verfügt. Weitere touristische Entwicklungspotenziale werden in den Naturräumen – Nationalpark Unteres Odertal und dem jüngst zertifizierten Geopark – gesehen. Dabei wurde bereits im ILEK empfohlen, dass „vorhandene Angebote zu vernetzen und um neue Produkte und Leistungen zu ergänzen sind“.⁴

Beschäftigungsentwicklung

Eine differenzierte Analyse und Bewertung der Beschäftigungsentwicklung lässt sich nur unter Nutzung verschiedener Datenquellen bewerkstelligen: Neben den Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung, die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durchgeführt wird, ist die von der Bundesagentur für Arbeit geführte Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ebenfalls heranzuziehen. Seit Mitte der 90er-Jahre ist die nachfolgend dargestellte Beschäftigungsentwicklung im Landkreis Uckermark und im Land Brandenburg zu beobachten.

Eine wesentliche Teilgröße der Erwerbstätigen sind die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Weil an diese Beschäftigungsform die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland gekoppelt sind, kommt ihr gesamtwirtschaftlich ein hoher Stellenwert zu. Im Vergleich der beiden Beschäftigungsgrößen zeigt sich, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Landkreis Uckermark seit der zweiten Hälfte der 90er-Jahre um 1.500

1 Landkreis Uckermark: Wirtschaftsrahmenplan Uckermark. Abschlussbericht, Prenzlau, 10. November 2004, S. 104.

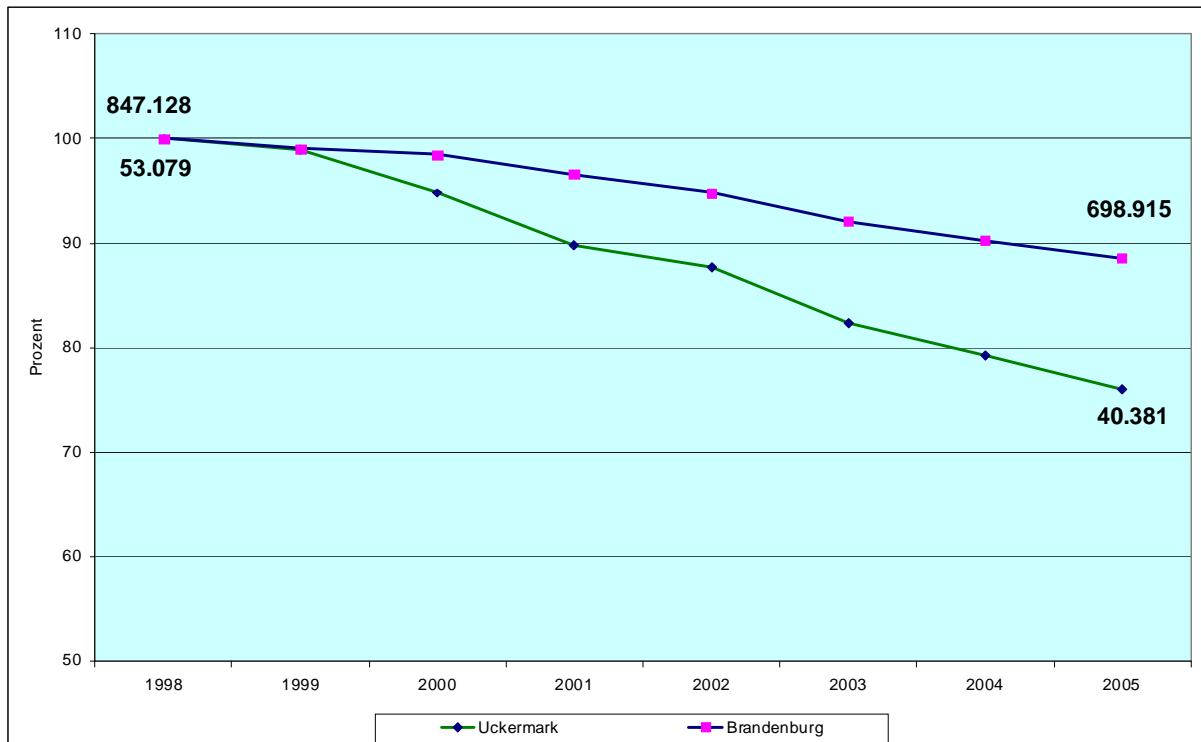
2 Vgl. Landkreis Uckermark: Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept für den Landkreis Uckermark, Leezen, August 2005, S. 33.

3 Vgl. Landkreis Uckermark: Wirtschaftsrahmenplan Uckermark. Abschlussbericht, Prenzlau, 10. November 2004, S. 104.

4 Vgl. Landkreis Uckermark: Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept für den Landkreis Uckermark, Leezen, August 2005, S. 122.

Personen zurückgegangen ist. In dieser Zeitspanne sind jedoch fast 6.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gegangen. Durch diesen Rückgang sind die gesamten Jahre bis 2005 gekennzeichnet.

Abbildung 2: Beschäftigungsentwicklung im Landkreis Uckermark



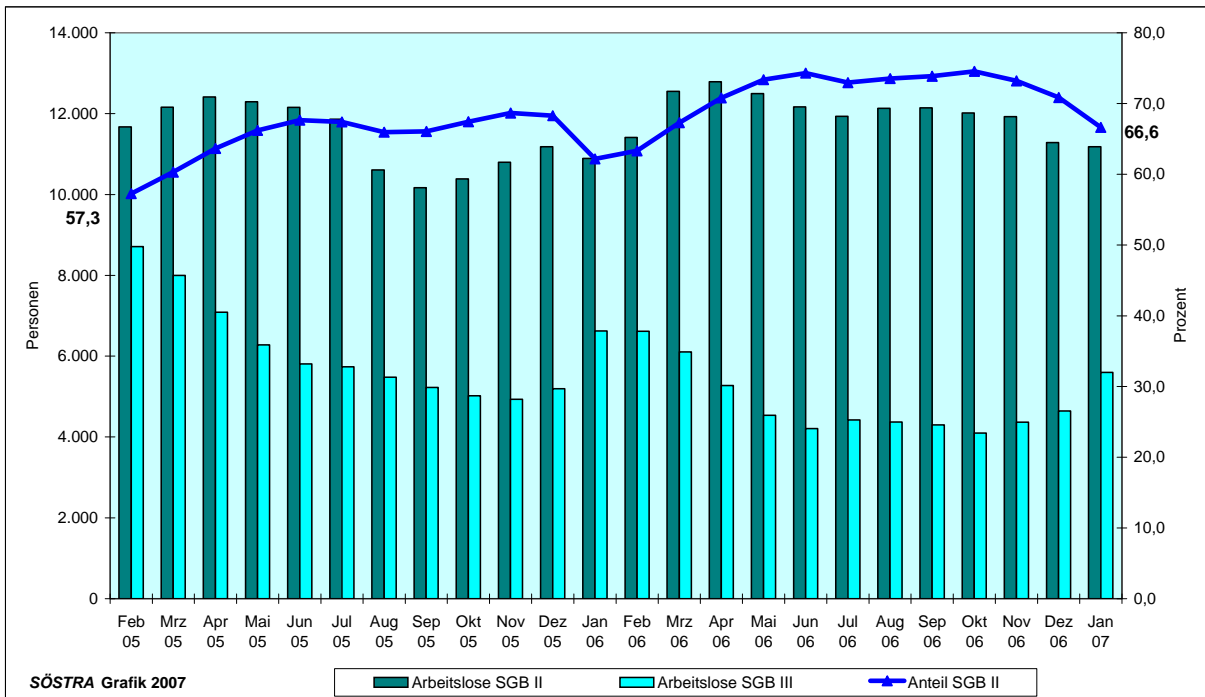
Quelle: SÖSTRA-Grafik nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung – Kehrseiten unzureichender Wirtschaftskraft

Die oben skizzierten Entwicklungstendenzen in Wirtschaft und Beschäftigung sind wesentliche Erklärungsfaktoren für die im Landkreis Uckermark zu beobachtende Arbeitsmarktentwicklung. Im Januar 2007 waren hier in den beiden Rechtskreisen des SGB III und des SGB II zusammen 16.782 Personen arbeitslos gemeldet. Davon befanden sich 11.184 Personen im Rechtskreis des SGB II und 5.598 Personen in dem des SGB III. Damit betrug die Arbeitslosenquote – bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen – im Landkreis insgesamt 26,2 %. Mit anderen Worten: Mehr als jede vierte Erwerbsperson im Landkreis war entweder im SGB III oder im SGB II arbeitslos gemeldet.

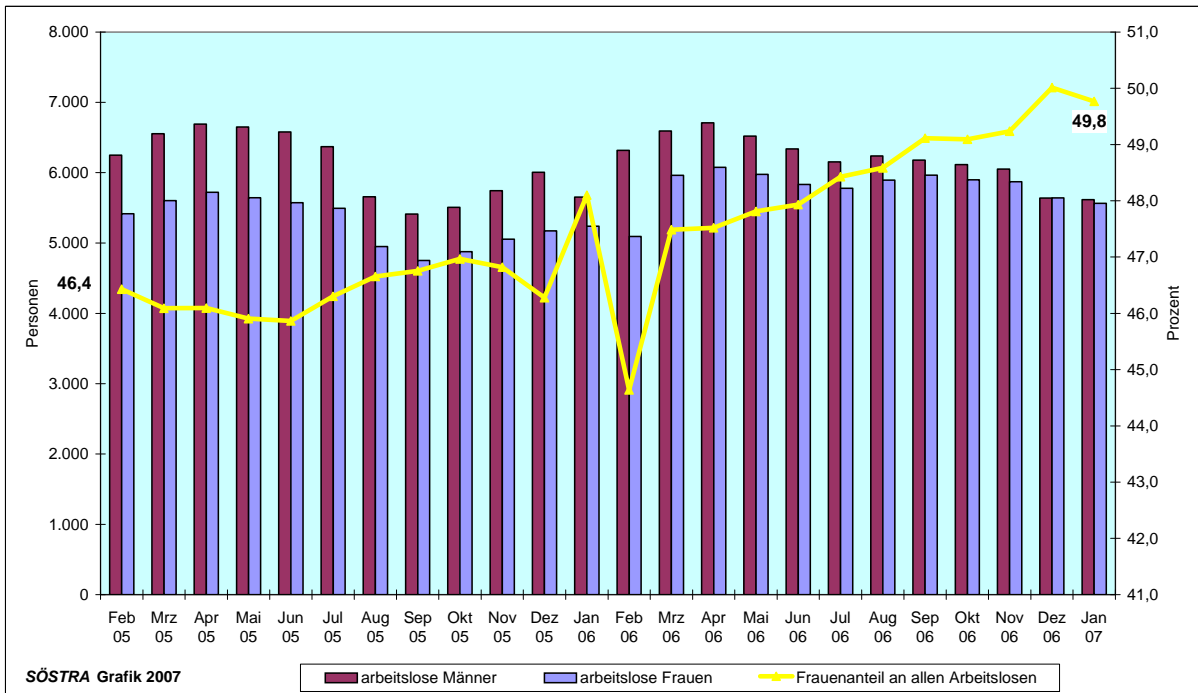
Für die konzeptionelle Ausrichtung des Einsatzes des Regionalbudgets sind strukturelle Verschiebungen in der Arbeitslosigkeit im Rahmen des SGB II von besonderer Relevanz. Hervorzuheben sind hier vor allem die Entwicklungstendenzen, die sich aus der Geschlechterverteilung, aus den Anteilen der Altersgruppen an den Arbeitslosen im SGB II und aus dem Anteil der jeweiligen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik ergeben. Untersucht man die Geschlechterverteilung in der Arbeitslosigkeit im SGB II, so zeigt sich, dass sich in der Uckermark die Beschäftigungssituation der Frauen am Arbeitsmarkt in den beiden letzten Jahren deutlich verschlechtert, während sich die der Männer – zumindest relativ gesehen – verbessert hat (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Landkreis UM nach Rechtskreisen



Quelle: SÖSTRA-Grafik nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit

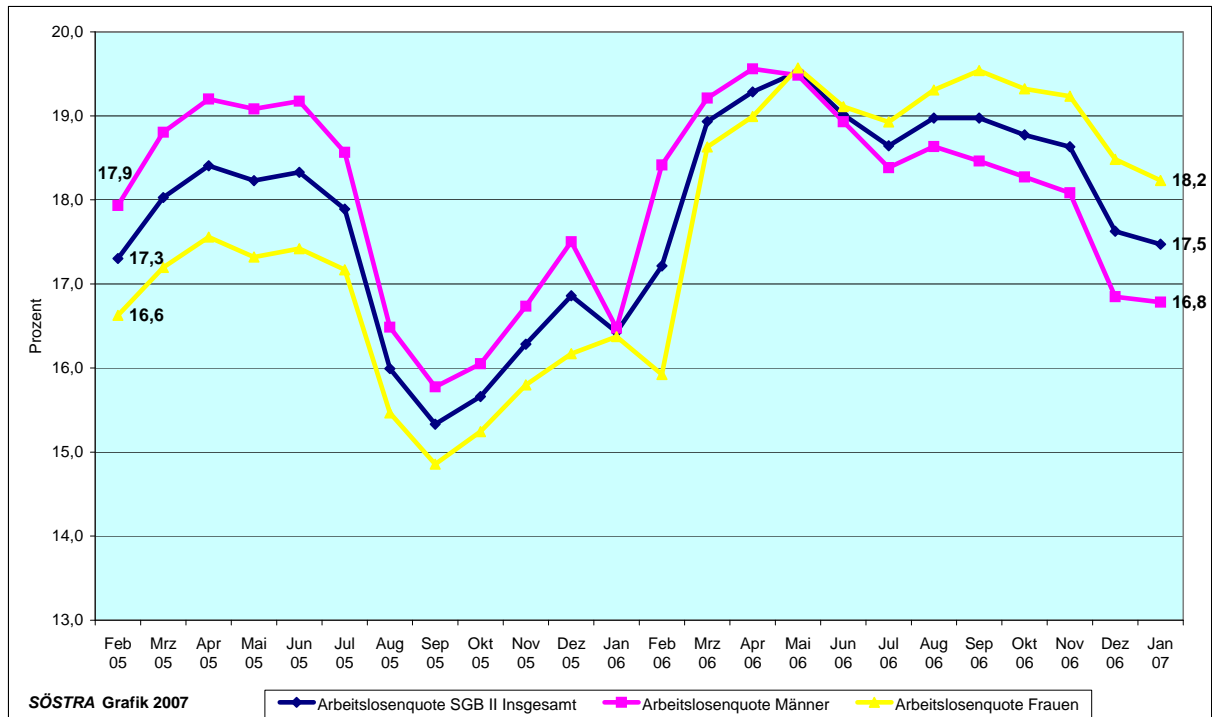
Abbildung 4: Entwicklung der Arbeitslosigkeit im SGB II nach Geschlecht



Quelle: SÖSTRA-Grafik nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 5: Entwicklung der Arbeitslosigkeit im SGB II nach Geschlecht

Quelle: SÖSTRA-Grafik nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit



Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass mit vorstehenden Grafiken veranschaulicht werden kann, dass sich die Arbeitsmarktsituation im Landkreis Uckermark in den letzten Jahren nicht verschlechtert hat. Gleichwohl bietet die gegenwärtige konjunkturelle Entwicklung reale Möglichkeiten, mit gezielter Förderung auch Personengruppen mit besonderen Vermittlungshemmnissen neue Chancen auf eine Beschäftigung im ungeforderten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Zumindest lässt sich das konzeptionelle Herangehen an den geplanten Einsatz des Regionalbudgets in der Uckermark davon leiten, dass es gerade auf das Spannungsverhältnis abstellt, die genannten Personengruppen mit Hilfe neuer Formen und Wege sowohl in ihrer Beschäftigungsfähigkeit voranzubringen – vor allem aber ihre Integrationschancen in ungeforderte Beschäftigung deutlich zu erhöhen.

1.2 Das Regionalbudget im Kontext der Förderkulisse im Landkreis Uckermark

Bei der inhaltlichen Ausrichtung der Interventionen des Regionalbudgets hat sich der Landkreis auch davon leiten lassen, dass es im Bereich der Arbeitsförderung bereits interessante Erfahrungen sowohl von den Akteuren im Rechtskreis des SGB II als auch des SGB III gibt. Dabei war zu berücksichtigen, dass in den genannten Rechtskreisen bereits erhebliche Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik aufgebracht werden. Immerhin werden 2007 im Eingliederungstitel des SGB II etwa 27,4 Mio. € für Aktivierung und Integration dieses Personenkreises zur Verfügung stehen.⁵ Im SGB III sind für

⁵ Nach Aussage der AA Eberswalde finden in dieser Woche die Gespräche bei der RD zu den Zielvereinbarungen zwischen AA und RD für 2007 statt. Anfang kommender Woche können dann Aussagen

dieses Jahr weitere 13,4 Mio. € vorgesehen, um den dortigen Personenkreis beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitisch unterstützen zu können. In Abstimmung mit den Akteuren dieser Rechtskreise wurde die Position erarbeitet, dass der Landkreis vor diesem Hintergrund mit den ihm im Rahmen des Regionalbudgets zugewiesenen Mittel in Höhe von etwa 1,0 Mio. € seine Chancen voll wahrnehmen wird, innovative Wege in seiner Arbeitsmarktpolitik einzuschlagen und dabei auch über gegebene Restriktionen der genannten Rechtskreise hinauszugehen.

Der Landkreis Uckermark verfolgt das Ziel, das Regionalbudget als ergänzendes Instrument zur regionalen Arbeitsmarktpolitik in den Prozess der Kreisentwicklung zu integrieren. Somit steht ihm ein Instrument zur Verfügung, welches über die Möglichkeiten des SGB III und SGB II hinausweist. Vor diesem Hintergrund werden u. a. wirtschaftsnahe Kooperationsprojekte mit der Agentur für Arbeit ebenso angestrebt wie die Einbeziehung von Nichtleistungsempfängenden. So können beispielsweise neue Modell- und Integrationsansätze längerfristig gefördert werden, bis sie in eine Wirtschaftlichkeit übergehen und dann keiner öffentlichen Unterstützung mehr bedürfen.

2. SWOT-Analyse für die Handlungsbereiche des Regionalbudgets

Die Ergebnisse der sozioökonomischen Analyse werden im Folgenden in eine Untersuchung der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken des Landkreises überführt. Zur Grundlage dieser SWOT-Analyse wurden nicht nur die eigenständigen – im Rahmen der Antragserarbeitung – vorgenommenen Untersuchungen zu Grunde gelegt. Ebenso wurden grundlegende Dokumente der Kreisentwicklung herangezogen, um die künftigen Entwicklungspotenziale der Regionalentwicklung richtig einschätzen zu können. Zu diesen Basisdokumenten gehört u. a. das Kreisentwicklungskonzept, der Wirtschaftsrahmenplan⁶, das Konzept zur Integrierten Ländlichen Entwicklung,⁷ die Fortschreibung des Arbeitsmarktprogramms für das Jahr 2007⁸ sowie nicht zuletzt das sich zurzeit in Erarbeitung befindliche Entwicklungs- und Handlungskonzept für die Wachstumsbranchen Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Sozialwirtschaft in der Uckermark.⁹ Ergänzend wurden darüber hinaus Entwicklungskonzepte zu ausgewählten Wirtschaftsbereichen zur Kenntnis genommen und deren Ergebnisse mit verantwortlichen Akteuren der Kreisentwicklung ebenso wie mit Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft diskutiert.

Die Folgenden SWOT - Übersichten konzentrieren sich zunächst auf demografische und wirtschaftliche Entwicklungstendenzen im Landkreis. Danach werden die SWOT- Ergebnisse für die Bereiche Beschäftigung und Arbeitsmarkt vorgestellt. Nicht zuletzt folgende anschließend vertiefende Untersuchungen für die Bereiche Tourismus, Energiewirtschaft und Gesundheitswirtschaft. Die drei zuletzt genannten Bereiche wurden deshalb

darüber getroffen werden, in etwa welche Höhe etwa Mittel der BA für die Uckermark im Rahmen des SGB III zur Verfügung stehen werden.

6 Landkreis Uckermark: Wirtschaftsrahmenplan Uckermark. Abschlussbericht, Prenzlau, 10. November 2004.

7 Landkreis Uckermark: Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept für den Landkreis Uckermark, Leezen, August 2005

8 Landkreis Uckermark: Fortschreibung des Arbeitsmarktprogramms für das Jahr 2007, Prenzlau, Oktober 2006.

9 Im November 2006 fanden im Landkreis erste Diskussionsrunden zu diesbezüglichen Entwicklungsperspektiven auf der Grundlage einer ersten Bestandsaufnahme in diesen Wirtschaftsfeldern statt.

gesondert betrachtet, weil sie sich in der Phase der Antragserarbeitung zunehmend als wesentliche Handlungsfelder für den Einsatz des Regionalbudgets in der Uckermark herauskristallisiert haben.

Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
demografische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen			
<ul style="list-style-type: none"> • EU-Erweiterung hat die UM räumlich in zentralere Lage in Europa gebracht • Branchenschwerpunkte mit einer sich festigende Unternehmensstruktur • diversifizierte Landwirtschaft mit großen Unternehmen und guten natürlichen Grundlagen • hohes Umweltbewusstsein (Modellregion genfreier Anbau) 	<ul style="list-style-type: none"> • periphere Lage im Land Brandenburg mit kleinteiligen Siedlungsstrukturen • Überdurchschnittlicher Geburtenrückgang • Überdurchschnittliche Wanderungsverluste haben Know how wie auch Kaufkraftverluste zur Folge • Hohe Einlaufkurven zur Marktplatzierung neuer Produkt und Dienstleistungen • Ungenügende Außendarstellung der Uckermark • sich verstärkende Resignationstendenzen 	<ul style="list-style-type: none"> • „neue“ räumliche Lage für transnationale Transferprozesse nutzen • Alterung der Bevölkerung schafft auch neue Märkte • Gründungspotenziale – insbesondere der Frauen – nutzen • Neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wirtschaft • Heimatverbundene Menschen, motiviert, gut ausgebildet, flexibel und mobil 	<ul style="list-style-type: none"> • Beschleunigung der Abwanderungstendenzen • weiterer Rückgang svpflichtiger Beschäftigung • Generationswechsel in den Unternehmen des Landkreises bedarf der Unterstützung • Fehlende Personalkapazitäten in Unternehmen zur Markt- und Bedarfsanalyse • Unzureichende Flexibilität der Unternehmen auf Marktveränderungen zu reagieren
Beschäftigung und Arbeitsmarkt			
<ul style="list-style-type: none"> • steigende Arbeitskräftenachfrage in einigen Branchen • personalpolitische Problemwahrnehmung bei Großunternehmen • hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen • hohes (formales) Bildungsniveau der Bevölkerung • qualifiziertes und motiviertes Fachkräftepotenzial • quantitativ 	<ul style="list-style-type: none"> • generell hohes Niveau der Arbeitslosigkeit • Verfestigungstendenzen der Arbeitslosigkeit • anhaltend hohe Langzeitarbeitslosigkeit mit der Folge von Dequalifizierungsprozessen • SGB II trägt zunehmend Lasten der Arbeitslosigkeit im LK • Ungünstige Arbeitsmarktchancen nach 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit • Orientierung des Berufswahlverhaltens auf Zukunftsberufe (in der Region) • Systematische Personalentwicklung unter Einbeziehung benachteiligter Personengruppen • qualifizierte und flexible Trägerlandschaft • Erprobung neuer Qualifizierungsmodelle • Zusammenarbeit der regionalen 	<ul style="list-style-type: none"> • in ausgewählten Tätigkeitsfeldern sich abzeichnende Probleme der Fachkräftesicherung • demografisch bedingter Rückgang des Berufsnachwuchses • steigender Anteil von Langzeitarbeitslosen ohne berufliche Ausbildung • „Nichtleistungs-

<p>ausreichendes Arbeitskräfteangebot</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfahrungen in der Verbundausbildung und anderen Formen außerbetrieblicher BA 	<p>der Elternzeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zunehmende Tendenz zum Niedriglohnsektor • Überdurchschnittlich lange Dauer der Arbeitslosigkeit insbesondere bei Frauen • Fehlende Arbeits- und Ausbildungsplätze für Jugendliche • Hoher Anteil von Ausbildungsabrechern • Unzureichende Arbeitswelt- und Berufsorientierung 	<p>Trägerlandschaft und vorhandene Netzwerke</p> <ul style="list-style-type: none"> • Soziale Integration von Langzeitarbeitslosen durch Mitwirkung im Ehrenamt 	<p>empfänger“ drohen aus dem Blick zu geraten</p> <ul style="list-style-type: none"> • sich verfestigende Arbeitslosigkeit insbesondere bei Älteren • Entwertung und Verfall von Qualifikation durch anhaltende Langzeitarbeitslosigkeit
Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
Tourismus			
<ul style="list-style-type: none"> • große touristische Potenziale durch Natur und Landschaft • reichhaltige Kulturlandschaft • zahlreiche Denkmale und Sehenswürdigkeiten • vorhandene Potenziale im Aktivtourismus Radfahren, Wandern, Wassersport 	<ul style="list-style-type: none"> • mangelnde Stabilität der touristischen Leistungsträger hat unzureichende Investitionspotenziale zu Folge • unzureichender Bekanntheitsgrad der UM • nicht zeitgemäße und unzureichende Qualität der Infrastruktur Aktivtourismus • Qualitätsniveau und Leistungsangebote sind nicht marktspezifisch abgestimmt • zu wenig ausgeprägte DL-Mentalität touristischen Leistungsanbieter • zu wenig Zielgruppen orientierte Angebotsgestaltung • Unzureichende 	<ul style="list-style-type: none"> • Relative Nähe zu Großräumen Berlin und Szczecin • Nachhaltige Platzierung im nationalen und internationalen Wettbewerb im Aktivtourismus • Ein für alle touristischen Leistungsträger abgestimmtes Tourismus-Marketingkonzept • Ausbau und Vermarktung vorhandener Wanderwege • Kooperationspartner im Brandenburg weiten Netzwerk „Aktiv in der Natur“ • Beschäftigung schaffende Synergieeffekte durch Verknüpfung mit gesundheitsspezifischen Bedarfen • Mitarbeit in Netzwerken des Landestourismusverba 	<ul style="list-style-type: none"> • Überschätzung der Potenziale des Tourismus • Durchsetzungskraft kreislicher Gesamtinteressen • Nutzungskonflikte bei begrenzten naturräumlichen Ressourcen • Fehlende Einbindung in ein touristisches Gesamtkonzept

	Wahrnehmung der Bedürfnisse zur Servicequalität der unterschiedlichen Zielgruppen	ndes, Nutzung von Synergien und Erfahrungen	
(Erneuerbare) Energien			
<ul style="list-style-type: none"> • ausgewiesener Standort der Energiewirtschaft • in der Region ansässige, etablierte Unternehmen in verschiedenen Bereichen der Energiewirtschaft • bereits umfassende Nutzung und Produktion erneuerbarer Energien • Strategisches Grundlagenpapier Barum^{Energy} zur abgestimmten Entwicklung der Region und Energiebranche • Im Aufbau befindliche Präsenzstellen der FH Eberswalde beheimateten Forschungspotenzial 	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzungskonflikte bei begrenzten natürlichen Ressourcen • unzureichende Kooperationen zwischen relevanten Akteuren • zunehmend fehlendes Fachpersonal • Aus- und Weiterbildungsangebote unzureichend auf diese Anforderungen ausgerichtet 	<ul style="list-style-type: none"> • Initiierung nachhaltiger regionaler Wirtschaftskreisläufe • Erhebliches Wertschöpfungspotenzial an Radbereichen und Branchen • Beachtliche Exportchancen im Energiesektor • vorhandene Netzwerke im Feld erneuerbarer Energien • Modellregion für die Nutzung erneuerbarer Energien mit zunehmender Anziehungskraft • Einbeziehung der LW-Betriebe in den Ausbau erneuerbarer Energien in der UM • Entwicklung neuer Berufsfelder 	<ul style="list-style-type: none"> • Auslastungsgrenzen der vorhandenen Naturräume • Konkurrenz zwischen zentralen und dezentralen Lösungen • Hemmnisse bedingt durch Rahmenbedingungen (Genehmigungserfahrungen) • Änderungen der Förderbedingungen
Gesundheitswirtschaft			
<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntheitsgrad vorhandener Kliniken bieten große Potenziale für qualifiziertes Fachpersonal in der Gesundheitswirtschaft • sportliche Infrastruktur mit qualifizierten Trainern • flexible Akteurslandschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Nachfolgeprobleme in den Praxen sowie ein sich abzeichnender Ärztemangel • unzureichende Kooperation zwischen Unternehmen der Gesundheitswirtschaft • Gesundheitswirtschaft kaum mit Tourismusangeboten 	<ul style="list-style-type: none"> • praktische Verbindungen zwischen Gesundheits- und Tourismusangeboten • Schaffung neuer Berufsfelder im Spannungsfeld Gesundheit und Tourismus • Schaffung von Lösungsansätzen zur Platzierung der neuen Dienstleistungsangebote durch mittelfristig 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiter bestehen des Nebeneinander von Gesundheitswirtschaft und Tourismus • Neue Dienstleistungsangebote werden nicht angenommen • steigende Kostendynamik

<ul style="list-style-type: none"> • Innovative Ansätze zur Sicherung der Pflegeversorgung im ländlichen Raum • Hohe Mobilitätsbereitschaft 	<p>verbunden</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unzureichende Verknüpfung der unterschiedlicher Dienstleistungen der Gemeinden mit Gesundheitswirtschaft • Komplizierte Finanzierungssituation durch große räumliche Entfernungen • Fehlendes System zur Information der Älteren zu neu entstehenden Angeboten der Altenbetreuung und Pflege 	<p>ausgerichtete, öffentliche Beschäftigung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Etablierung neuer Dienstleistungen durch marktgerechter Qualifizierung 	<p>der Angebote</p>
---	---	--	---------------------

3. Kreisentwicklung – zentrale Handlungsgrundlage des Regionalbudgets

Im Kontext der Kreisentwicklung haben in den letzten Jahren zu verschiedenen thematischen Bereichen zahlreiche Diskussions- und Beteiligungsprozesse stattgefunden. In diesen Entwicklungsprozessen arbeiten Akteure aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung sowie Bildung und Kultur mit dem Ziel zusammen, den Landkreis zu einer wettbewerbsfähigen und lebenswerten Region weiterzuentwickeln. Ziel aller Akteure und Sozialpartner ist es, nachhaltige Strategien und Strukturen zu entwickeln, die die Basis für eine ausgeglichene marktorientierte Entwicklung der endogenen Potenziale im Zuge des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in der Uckermark darstellen. Die Implementierung eines funktionierenden, nachhaltig angelegten regionalen Netzwerkes von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung ist oberste Anforderung im Zuge des Entwicklungsprozesses für das Regionalbudget.

Zur Struktur und wirtschaftspolitischen Entwicklung des Landkreises Uckermark wurden im Rahmen der Kreisentwicklung unter einem breiten Beteiligungsprozess zu verschiedenen thematischen Bereichen strategische Entwicklungskonzepte erarbeitet. Neben differenzierten Potenzialanalysen wurden Leitbilder erarbeitet, Handlungsfelder definiert und strategische Entwicklungsziele beschrieben sowie durch langfristige Maßnahmepläne untersetzt. Zusammenfassend stellen

- der im November 2004 verabschiedete Wirtschaftsrahmenplan,
- das Integrierte ländliche Entwicklungskonzept,
- das sich in Erarbeitung befindliche Entwicklungs- und Handlungskonzept für die Wachstumsbranchen Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Sozialwirtschaft sowie

- die im Oktober 2006 durch den Kreistag beschlossene Fortschreibung des Arbeitsmarktprogramms für 2007 entscheidende Säulen der Kreisentwicklung dar.

Die Themen der genannten grundlegenden Dokumente der Kreisentwicklung wurden in einem Bewertungsverfahren nach einem einheitlichen Raster beurteilt. Im Ergebnis dieses Verfahrens haben sich Handlungsfelder und Schwerpunkte herauskristallisiert, in denen ein strategischer Handlungsbedarf identifiziert werden konnte. Ergänzend zu diesen Basisdokumenten wurden die Neuausrichtung der GA-Förderung und speziell die darin für den Landkreis Uckermark benannten Handlungsfelder sowie die REK der LAG Leader + sowie die Gemeinschaftsinitiativen in das Bewertungsraster einbezogen.

4. Konzeptionelle Ansätze für den Einsatz des Regionalbudgets

Das Regionalbudget (RB) orientiert sich eng an den Potenzialen und inhaltlichen Schwerpunkten der Kreisentwicklung des Landkreises Uckermark. Als Schwerpunkte aktiver Arbeitsmarktpolitik des Landkreises nach dem SGB II sind die Bereiche des Tourismus, der Energie- und der Gesundheitswirtschaft sowie der sozialen Daseinsfürsorge ausgewiesen. Mit dem Regionalbudget werden konkrete Interventionen in den erstgenannten Schwerpunkten ergänzt durch das Thema soziale Bürgerarbeit durchgeführt. Das RB versteht sich als ein zusätzliches Instrument der Arbeitsmarktpolitik, flankiert das Arbeitsmarktprogramm und unterstützt die Regionalentwicklung des Landkreises.

Mit den Folgenden Überlegungen wird zunächst die strategische Ausgestaltung des Regionalbudgets im Landkreis Uckermark umrissen. Konzeptionell wird seine inhaltliche Ausrichtung bis zum Jahr 2013 entwickelt. Dies ermöglicht eine langfristig ausgerichtete Zielformulierung. Mittelfristig ist eine Überprüfung der Zielerreichung möglich wie ggf. ein erforderliches Nachsteuern auf Grund sich verändernder Rahmenbedingungen in einem bevorstehenden Zeitverlauf von immerhin 7 Jahren.

Aus der Perspektive des RB kommt dem Bereich **Tourismus** eine übergreifende Funktion zu: Dieser Bereich hat in den letzten Jahren in der Uckermark eine sehr positive Entwicklung genommen.¹⁰ Zugleich sind hier zahlreiche Aktivitäten bereits mit den Möglichkeiten der Arbeitsförderung unterstützt worden, so dass in der Region auch kurzfristig auf entsprechende Erfahrungen zurückgegriffen werden kann. Hinzukommt, dass der Tourismus sowohl in die Bereiche der Energie- als auch der Gesundheitswirtschaft ausstrahlt.

Eine zweite inhaltliche Säule des Regionalbudgets bildet die **Energiewirtschaft**. Bereits heute gibt es zahlreiche Ansätze, die Uckermark zu einer der bedeutendsten Energieregionen in Deutschland zu entwickeln, was ohne Zweifel auch die Beschäftigungsdynamik in der Region positiv beeinflussen wird. Vor allem aber das hier vorhandene Miteinander von konventionellen und erneuerbaren Energien bietet nicht nur interessante Entwicklungsperspektiven, sondern lässt auch beachtliche Beschäftigungschancen erwarten.

10 Vgl. Abschnitt 2 des Antrages „Sozioökonomische Analyse des Landkreises Uckermark“, S.

In der **Gesundheitswirtschaft** sieht der Landkreis Uckermark vor allem längerfristig Potenziale, in deren sukzessiven Ausgestaltung auch Möglichkeiten der Arbeitsförderung eingebracht werden. In diesem Bereich werden nicht zuletzt wesentliche Entwicklungspotenziale im Zusammenwirken mit dem Nachbarkreis Barnim gesehen, der sein RB bereits heute auf dieses Feld seiner Kreisentwicklung ausgerichtet hat.

Darüber hinaus sieht der Landkreis in der **sozialen Bürgerarbeit** angesichts des bestehenden Arbeitsplatzdefizits in der Region die Möglichkeit, gemeinwohlorientierte Beschäftigung in einem größeren Umfang zu organisieren. Hierbei werden langzeitarbeitslose Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen durch sinnstiftende Tätigkeiten und durch Erwerbsarbeit motiviert, wieder am sozialen Leben teilzuhaben.

Unter diesem – sozusagen als Dach – kurz skizzierten Gesamtkonzept werden im Folgenden die vier oben genannten Bereiche und die in ihnen geplanten Handlungsfelder ausführlicher dargestellt. Dabei geht es sowohl um die Formulierung strategischer als auch operativer Ziele, die mit den Aktionen des RB erreicht werden sollen.

Das übergreifende strategische Ziel aller Handlungsfelder des RB ist die nachhaltige Stärkung der Regionalentwicklung verbunden mit einer Verbesserung der Vermittlungschancen sowie der sozialen Teilhabe für die Zielgruppe. Diesem strategischen Ziel kommt deshalb ein besonderer Stellenwert zu, weil die im Rechtskreis des SGB II betreuten Personen in ihrer Mehrzahl schwierige Problemkonstellationen aufweisen, die eine unmittelbare Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt als nicht realistisch erscheinen lassen. Bei der Betrachtung des Integrationsfortschrittes des Einzelnen wird auf den Prozesscharakter der Wiedereingliederung ein besonderer Schwerpunkt gelegt. Bei der Gruppe der Langzeitarbeitslosen wird nicht ausschließlich die Integration in reguläre Beschäftigung zum Maßstab gemacht, sondern der Integrationsfortschritt intensiv unterstützt. Daher wird es darauf ankommen, alle Möglichkeiten auch einer stufenweisen Integration zu nutzen. Gerade in den offen gehaltenen Förderkonditionen des RB¹¹ wird eine Chance gesehen, neue – auch längerfristig angelegte – Wege der Integration dieses Personenkreises erproben zu können. Diesem Kernziel sind alle Aktionen des RB verpflichtet – unabhängig davon, in welchen inhaltlichen Schwerpunkten sie erfolgen.

5. Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsfelder des Regionalbudgets

5.1 Tourismus – ein breites Aktionsfeld für das Regionalbudget

Im Handlungsfeld **Tourismus** werden folgende Ziele verfolgt, damit die geplanten Aktionen sowohl die Beschäftigungschancen der teilnehmenden Personen erhöhen als auch einen Beitrag zur Kreisentwicklung leisten können.

Die Tourismusregion Uckermark arbeitet eng mit dem Landestourismusverband und der Tourismusmarketing Brandenburg GmbH zusammen. Orientiert an der Tourismuskonzeption des Landes Brandenburg

¹¹ Vgl. Merkblatt des MASGF soll über die Restriktionen des SGB II und des SGB III hinausgehen. Diesen Sachverhalt gilt es noch näher auszuloten, da mit Sicherheit zumindest die Restriktionen des ESF zu berücksichtigen sind.

und den darin prognostizierten Potenzialen erschließen sich für den Landkreis vor allem in den Marktsegmenten Erholungs- und Natururlaub sowie Aktivurlaub die größten Chancen neue Beschäftigungsfelder aufzuzeigen.

Im Rahmen dieser prognostizierten Potenziale wurde ein Kooperationsprojekt „**Aktiv in der Natur**“ durch den Landestourismusverband auf den Weg gebracht, um die Marktsegmente Radfahren, Wandern und Wassertourismus zu entwickeln und die sich aus einer gemeinsamen Vermarktung ergebenden Synergien zu nutzen. In dieser Netzwerkstruktur arbeiten der Tourismusverband Uckermark ebenso wie die Tourismus Marketing Uckermark GmbH (TMU) aktiv mit. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit ist für die Touristiker des Landkreises Uckermark der „Marketingplan 2007 für die Uckermark“ entstanden.¹² Die darin verankerten Produktlinien Radfahren, Wandern und Wassersport – kurz: „Aktiv in der Natur“ – stehen im Fokus jener Ansätze, die auch mit dem Regionalbudget verfolgt werden.

Ergänzend zu den o. g. Ansätzen wurde 2006 in Zusammenarbeit mit dem Tourismusinstitut ift und der TMU eine repräsentative Gäste- und Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Die Befragung wurde durchgeführt, um ein repräsentatives Meinungsbild über die Stärken und Schwächen der Reiseregion Uckermark (Ist-Situation) aus der Sicht ihrer Gäste zu erhalten. Insgesamt wurden **5.148** auswertbare Interviews mit Übernachtungsgästen, Tagesausflüglern und Einkaufspendlern geführt. Interessant ist vor allem, dass die Ergebnisse dieser Befragung die prognostizierten Potenziale des Landkreises eindrucksvoll bestätigt haben. Bestätigt wurde durch diese Befragung aber auch, dass der Bekanntheitsgrad der Region und damit ihre Außenwirkung, die Qualität der vorhandenen Infrastruktur und Vernetzung der Leistungsstrukturen sowie die Qualität der touristischen Leistungsangebote noch erhebliche Defizite aufweisen.

Ein weiterer Fokus im Tourismusbereich liegt in der Entwicklung und In-Wert-Setzung der naturlandschaftlichen und geologischen Besonderheiten. Ein besonderes Alleinstellungsmerkmal des Landkreises Uckermark ist die Verknüpfung von drei Großschutzgebieten durch den Geo-Park „Eiszeitland am Oderrand“ der darüber hinaus noch einen transnationalen Charakter hat.

Die **erste Aktion** des Regionalbudgets im Bereich Tourismus, die für die Jahre 2007 und 2008 geplant ist, stellt die qualitative Entwicklung der Produktlinie „Wandern“ nach anerkannten Kriterien des Deutschen Wanderverbandes dar. Sie ist zugleich mit dem Marketingplan 2007 der tmu – Tourismus-Marketing-Uckermark abgestimmt worden.¹³

In der Uckermark gibt es zurzeit 1.636 km Wanderwege, die jedoch hinsichtlich der Attraktivität ihres Streckenverlaufes, ihres Pflegezustandes oder auch ihrer Beschilderung eine sehr unterschiedliche Qualität aufweisen. Auch gibt es gegenwärtig keine Übersicht darüber, in welcher Qualitätsstufe sich diese Wanderwege befinden. Langzeitarbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige sollen sich im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme mit dem Thema auseinandersetzen. Unter Anleitung des Deutschen Wanderverbandes e. V. werden die ausgewählten Wege zertifiziert. Die Verknüpfung von naturlandschaftlichen- und geologischen Besonderheiten bildet einen weiteren Schwerpunkt im Projekt. Insgesamt wird das operative

12 TMU – Tourismus Marketing Uckermark: Marketingplan 2007, Prenzlau, 9. November 2006.

13 Quellenangabe

Ziel verfolgt, die TeilnehmerInnen zu Wege- und Wanderexperten zu qualifizieren. Damit stehen sie nach Ablauf des Projektes den touristischen Leistungsanbietern und den regionalen Tourismusvereinen ebenso wie den Städten, Gemeinden und Ämtern in der Uckermark mit ihrem Wissen zur weiteren Pflege und Vermarktung des Wanderwegenetzes zur Verfügung.

Die **zweite Aktion** im Interventionsbereich Tourismus des Regionalbudgets, geplant bis 2010, dient der Integration besonders benachteiligter Jugendlicher in das Erwerbsleben. Um dafür entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, werden Jugendliche in einer Kombination aus praktischer Arbeit und modular angelegter Qualifizierung auf eine berufliche Erstausbildung bzw. eine entsprechende Berufstätigkeit vorbereitet. Das operative Ziel der Aktion besteht darin, dass die teilnehmenden Jugendlichen ihre Ausbildungsfähigkeit erwerben und den eigenen Willen entwickeln, sich den Anforderungen einer Berufsausbildung zu stellen. Mit der in dem Projekt zu verrichtenden Arbeit wird zugleich ein Beitrag zur Regionalentwicklung geleistet. Dabei wirken die Teilnehmenden am Erhalt und Umbau historischer Gebäude mit. Somit werden neue Formen der Qualifizierung mit dem Erhalt von Kulturgut verzahnt. Den Jugendlichen mit multiplen Vermittlungshemmnissen wird die Integration in die Arbeitswelt erleichtert, sie identifizieren sich mit den Projekten und nehmen am gesellschaftlichen Leben teil.

Folgende Ziele werden mit den Aktionen verfolgt:

- Nachhaltige Entwicklung der touristischen Infrastruktur
- Entwicklung neuer Ansätze in der Aus- und Weiterbildungsstruktur
- Schaffung zusätzlicher und Sicherung bestehender betrieblicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze
- Aufbau eines Fachkräftepools für die Tourismuswirtschaft
- Verbesserung der Vermittlungschancen von arbeitslosen Frauen und Männern und der Integration von Langzeitarbeitslosen
- Unterstützung der Netzwerkarbeit
- Darstellung von Synergien zwischen Aus- und Weiterbildungsangeboten und Begleitung touristische Infrastruktur

5.2 Energiewirtschaft – Aktionsfeld mit langfristiger Perspektive

Die Branche der Erneuerbaren Energien in der Uckermark entwickelt sich wirtschaftlich hochdynamisch. Hierdurch sind zahlreiche Arbeitsplätze neu entstanden und werden voraussichtlich in den kommenden Jahren weiter entstehen. Die Attraktivität des Landkreises Uckermark als ein wichtiger Standort für Unternehmen der erneuerbaren Energien nimmt weiter zu, wie die Ansiedlungsmaßnahmen in Prenzlau bestätigen.

Die Energiestrategie 2010, das Innovationskonzept und die Fachkräftestudie des Landes Brandenburg festigen das Vorhaben, im Rahmen der Regionalentwicklung in der Uckermark das Handlungsfeld Erneuerbare Energien zu stärken. Weitere Faktoren sind das Wachstum der Branche Erneuerbare Energien und der hohe und steigende Exportanteil. Außerdem sind infolge der rapiden Veränderung der Anforderungen an die Arbeitskräfte neue Ausbildungsberufe und die Spezialisierung bestehender

Ausbildungsgänge sowie passgenaue Anpassungsqualifizierungen auf dem Arbeitsmarkt und im Betrieb erforderlich.

Dem gegenüber stehen eine zunehmende Fachkräftekonkurrenz, anhaltende Abwanderungstendenzen und die Auswirkungen des demographischen Wandels, wie Fachkräftemangel und fehlende Nachwuchskräfte, eine hohe Arbeitslosenquote sowie ein geringer Bekanntheitsgrad über berufliche Perspektiven im Sektor Erneuerbare Energien.

In der **ersten Aktion** im Interventionsbereich Energiewirtschaft des Regionalbudgets soll der Aufbau eines Zentrums zur Kompetenzentwicklung und Beschäftigung für erneuerbare Energien entstehen

Um die Sicherung und Entwicklung der wirtschaftlichen Basis und die Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu gewährleisten, wird ein Handlungsfeld im Rahmen der Kreisentwicklung der Uckermark auf den Bereich der Erneuerbaren Energien gelegt – für eine zukunftsorientierte Energiewirtschaft und für einen zukunftsfähigen Standort für regenerative Energieerzeugung. Hier setzt das Projektvorhaben an: Es gilt die Uckermark als eine Modellregion für Erneuerbare Energien zu entwickeln und das Image der Region zu stärken. Es ist beabsichtigt sowohl bildungsschwache und bildungsferne Personen in die Zukunftsbranche auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren als auch gut qualifizierte und hoch spezialisierte Fachkräfte, wie ingenieurtechnisches Personal in die Region zu holen und zu etablieren.

Das Zentrum zur Kompetenzentwicklung und Beschäftigung für Erneuerbare Energien bündelt die regionalen Kompetenzen und Potenziale und schafft ein Netzwerk von Akteuren aus Wirtschaft, Bildung und Arbeit. Es integriert bestehende Netzwerke, Arbeitskreise und Projekte.

Folgende Ziele werden verfolgt:

- Nachhaltige Stärkung der regionalen Wirtschaft
- Verbesserung der Fachkräftesituation, Ausbau weiblicher Beschäftigungsanteile
- Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsstrukturen
- Schaffung zusätzlicher und Sicherung bestehender betrieblicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze
- Sicherung eines qualitativ hochwertigen Fachkräftepools für die regionalen Unternehmen
- Verbesserung der Vermittlungschancen von arbeitslosen Frauen und Männern und der Integration von Langzeitarbeitslosen
- Verbesserung des regionalspezifischen Bildungs- und Weiterbildungsangebotes für den Bereich Erneuerbare Energien
- Verbesserung der regionalen Verzahnung Bildung - Arbeit - Wirtschaft

Im Rahmen der Qualifizierung sollen folgende Ziele angestrebt werden:

- Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen gemäß der neuen Anforderungen im Bereich der Erneuerbaren Energien:
 - Fachspezifisches Profiling,
 - Weiterbildungsmodule, u.a. Landtechnik für Landwirte (Grundlagen, technische Zusammenhänge) + Energiewirtmodul

- Zusatzmodule für zur Zeit in Ausbildung und Umschulung befindliche Personen im Bereich Metall und Elektronik
- Umschulungen
- betriebsnahe passgenaue Fortbildung, u.a. für arbeitssuchende Elektromonteure und/oder Schlosser
- Ausbildungen
- Entwicklung von Spezialisierungen und/oder neue Ausbildungsberufe für Erneuerbare Energien
- Aufbau und Betreuung eines Lehrkabinetts für Erneuerbare Energien

Weiterhin sollen folgende Themen unterstützt werden:

- Fachliche Zusammenarbeit mit Unternehmen zwecks Konkretisierung der Fachkräfte- und Qualifizierungs- und Ausbildungsbedarfe
- Entwicklung von Anforderungsprofilen für Ausbildungsberufe im Sektor Erneuerbare Energien
- Beratung zur Berufs- und Studienplanung, Berufsfrühorientierung
- begleitendes Coaching bei Betriebspraktika, Ausbildung, Einstellung und im Übergang von Qualifizierung in die Arbeitswelt
- Aufbau und Vertiefung internationaler Kontakte, Erfahrungstransfer
- Vermittlung von Praktikaplätzen, Ausbildungsplätzen, Arbeitsplätzen
- Aufbau eines regionalen Nachwuchspools für die Unternehmen
- Begeisterung von Mädchen für technische Berufe, Vorbereitung Zukunftstag 2008

5.3 Gesundheitswirtschaft – Aktionsfeld als Chance im demografischen Wandel

Der Landkreis Uckermark hat sich das Ziel gesetzt, die Gesundheitswirtschaft in dieser Region zu entwickeln. Dies setzt voraus, dass sowohl die bisher gewachsenen Potenziale dieses Wirtschaftsbereichs als auch die ihn betreffenden Entwicklungsziele genau definiert werden. Eine aktuelle Grundlage bietet die Bestandsaufnahme, die zurzeit im Rahmen der Erarbeitung der so genannten dritten Säule der Kreisentwicklung vorgenommen wird.¹⁴ Die in diesem Zusammenhang in der Erarbeitung befindliche, vertiefende Analyse diesbezüglicher, aktuell vorhandener Potenziale im Kreisgebiet wird es ermöglichen, eine realistische Ausgangsbasis für weitere Entwicklungsschritte in diesem Wirtschaftssegment zu bestimmen.

Für die hier zu entwickelnden Einsatzfelder des Regionalbudgets im Landkreis Uckermark sind vor allem die gesundheitsnahen Bereiche des Dienstleistungssektors (z. B. Gesundheitstourismus) von Interesse. So gesehen reicht sie in Bereiche medizinisch gestützter Freizeitgestaltung und Erholung hinein, die heute oft unter dem Begriff Wellness oder auch Wellness-Tourismus umschrieben werden. Damit wird zugleich auch von dieser Seite eine Brücke zu dem oben ausgeführten Interventionsfeld des Tourismus

¹⁴ Regionomica: Branchenprofil Gesundheitswirtschaft. Landkreis Uckermark, Prenzlau, 23. November 2006. Vgl. auch die Diskussion auf dem gleichnamigen Branchenworkshop am 22. Januar 2007 in Prenzlau.

geschlagen. Andererseits kommen damit auch all jene Angebote in den Blick, die unter dem Begriff „Seniorenwirtschaft“ zusammengefasst werden. Gerade in diesem Bereich liegen Beschäftigungspotenziale, die sich mit Hilfe von Arbeitsförderung erschließen lassen.

Im Handlungsfeld Gesundheitswirtschaft steht als **erste Aktion** zunächst die Entwicklung und Erprobung von geeigneten Fortbildungsmöglichkeiten zum Erhalt und der Förderung von Fähigkeiten und Qualifikationen von Langzeitarbeitslosen an. Die Festigung und Auffrischung von aktuellen beruflichen Qualifikationen und die Vermittlung von Zusatzkenntnissen, die den Anforderungen der regionalen Unternehmen entsprechen, ist eine Möglichkeit, Langzeitarbeitslosen durch Tätigkeiten im sozialen Bereich Vermittlungschancen auf dem regulären Arbeitsmarkt aufzuzeigen.

Weiterhin muss festgehalten werden, dass der demografische Wandel im Landkreis nicht aufzuhalten ist. Ein immer höherer Bevölkerungsanteil älterer Bewohner, neue Wohnangebote, der Ausbau von Betreuungsangeboten, eine stärkere Einbeziehung des Ehrenamts sowie die Aktivitäten der älteren Generation bieten Chancen neuer beruflicher Perspektiven für die jüngere Bevölkerung. Der Einsatz von altersgemischten Teams spiegelt die Situation in der realen Arbeitswelt wieder. Ältere TeilnehmerInnen bringen ihr Know how und ihren Erfahrungsschatz in das Modell, jüngere TeilnehmerInnen eröffnen neue kreative Ideen in der Arbeitsumsetzung.

Projektziele:

- Verbesserung der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen auf Reintegration in den regulären Arbeitsmarkt
- Entwicklung eines regionalen Modells zur Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation der beteiligten TeilnehmerInnen
- Verstärkte Einbindung von Praxiselementen der Betriebe in der Region
- Verbesserung der Bildungs-, Berufs- und Beschäftigungsangebote für den Bereich der gesundheitsnahen Dienstleistungen
- Erprobung neuer praktischer Möglichkeiten für eine bedarfs- und qualitätsgerechte Zusammenarbeit von Kliniken, Pflegeheimen weiteren Anbietern sozialer Leistungen für ältere und kranke Menschen

Als ein weiteres **Aktionsfeld** aktiver Arbeitsmarktpolitik wird vom Landkreis – in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit, die Möglichkeit der Qualifizierung und Kompetenzentwicklung der Beschäftigten der Gesundheitswirtschaft gesehen. Beispielsweise könnten Beschäftigte mit einer Grundausbildung in Gesundheitsfachberufen berufsbegleitende Kompetenzen in den Bereichen Marketing, touristisches Management, Service oder auch im Wellnessbereich erwerben. Hier würde es sich beispielsweise anbieten neue modular aufgebaute Weiterbildungsangebote – ggf. in Kooperation mit entsprechenden Entwicklungen in MV – zu entwickeln.

Mit der Auslobung eines Ideenwettbewerbes als ein **weiteres Aktionsfeld** setzt der Landkreis Uckermark bewusst auf die Kreativität und die Ideen der lokalen Akteure im Landkreis. Effizienz, Qualität und Transparenz werden

künftig zu wichtigen Wettbewerbsparametern in der Gesundheitswirtschaft. Bedingt durch die demographische Entwicklung wird ein Nachfrageanstieg nach gesundheitsbezogenen Leistungen erwartet. Zum einen wird mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen kontinuierlich steigen. Zum anderen trägt das wachsende Gesundheitsbewusstsein vieler Menschen dazu bei, dass sich die Gesundheitswirtschaft zu einem Wachstumsmarkt entwickeln wird. Patienten werden zu Kunden, die für ihr Geld hochwertige Dienstleistungsangebote erwarten. Mit dieser Nachfrageentwicklung wird auch der Fachkräfte- und Qualifizierungsbedarf rasant steigen. Zentraler Inhalt des Ideenwettbewerbes ist die Entwicklung und Erprobung neuer Beschäftigungsfelder für Langzeitarbeitslose in der Gesundheits- bzw. Seniorenwirtschaft.

Wettbewerbsziele:

- Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Menschen
- Neue Konzepte der Ansprache, der Qualifizierung und der Gestaltung von Arbeitsplätzen eröffnen für bisher nicht in der Gesundheitswirtschaft Tätige neue Möglichkeiten der Beschäftigung.
- Entwicklung Angebote neuer Produkte und Dienstleistungen

5.4. Soziale Bürgerarbeit – Gemeinwohlorientierte Beschäftigung

Angesichts der schwierigen Arbeitsmarktlage wird ein bestimmter Personenkreis voraussichtlich nur mit langfristiger Begleitung in Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Mit der sozialen Bürgerarbeit soll bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen auf das erworbene berufliche Potenzial zurückgegriffen und eine gesellschaftlich anerkannte Alternative zur Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Voraussetzung: die Tätigkeit ist gemeinnützig und im öffentlichen Interesse. Außerdem darf sie regulären Arbeitsplätzen keine Konkurrenz machen. Sie unterstützt sinnstiftende Tätigkeiten, die in die Interventionen Tourismus, Erneuerbare Energien und Gesundheitswirtschaft hineinreichen.

Die soziale Bürgerarbeit wird sozialversicherungspflichtig erfolgen, es werden aber keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt, um zu garantieren, dass so genannte Verschiebebahnhöfe zwischen den für die Finanzierung verantwortlichen Stellen ausgeschlossen sind. Der Übergang in Beschäftigung auf den regulären Arbeitsmarkt ist weiterhin anzustreben, somit wird in regelmäßigen Abständen geprüft, inwieweit sich die Vermittlungsfähigkeit verändert hat.

Ein Ideenwettbewerb soll auch hier ins Leben gerufen werden.

5.5 Wirtschaftsnahe und Querschnittsaktionen des Regionalbudgets

Die Stärkung der regionalen Unternehmen bildet übergreifend zu den vier Handlungsfeldern des Regionalbudgets eine Querschnittsaufgabe. Die benannten Handlungsfelder gelten als thematische Orientierung und sind die Schwerpunkte für den Einsatz des Regionalbudgets. Projektideen, die die wirtschaftliche Entwicklung positiv mit der Arbeitsförderung flankieren und zu einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis in einem

Unternehmen führen, haben Priorität. Dabei ist es **nicht entscheidend**, ob sich diese Projekte innerhalb oder außerhalb der Handlungsfelder etablieren. Entwickelt werden derartige Vorhaben in enger Kooperation mit den KMU und arbeitsmarktpolitischen Dienstleistern zum gegenseitigen Vorteil von Arbeit suchenden Langzeitarbeitslosen und Unternehmen. Dabei sollen Beschäftigungsförderung und Strukturentwicklung nachhaltig in einer Art und Weise verbunden werden, die mit den Interessen der KMU und deren Entwicklungschancen vereinbar ist.

Abgeleitete strategische Handlungsansätze:

- Projektentwicklung mit wirtschaftsnahem Ansatz ergänzend zu den Instrumenten des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Agentur für Arbeit.
- Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Rahmen einer betrieblicher Ausbildung mit intensiver Begleitung eines Bildungsträgers, um die Integrationshemmnisse von Jugendlichen zu überwinden
- Schaffung einer neuen Kultur der Beschäftigungsfähigkeit, dass heißt Überwindung vorhandener Qualifikationsdefizite der Menschen sowie Schaffung von Qualifizierungsmodulen, die als Bindeglied zur Wirtschaft und als Einstiegsportal in ungeforderte Beschäftigung dienen.
- Schaffung einer neuen Kultur der Chancengleichheit, dass heißt die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben sowie der Abbau von Ausgrenzung bedingt Reform- und Veränderungsprozesse, Stärkung des sozialen Zusammenhalts.
- Verzahnung der Instrumente der Arbeitsmarktpolitik mit strukturbildenden Vorhaben im Landkreis Uckermark.
- Unterstützung von Kooperation und Netzwerkarbeit lokaler Unternehmen und Sozialpartnern.

Eine **weitere** – quer zu den inhaltlichen Interventionsbereichen liegende **Aktion** – bildet die Unterstützung der lokalen Initiativen. Im Landkreis Uckermark konnten die Initiativbüros „DAVID“ und „LILA“ mit der Umsetzung des „lokalen Kapital für soziale Zwecke“ in der ESF-Förderperiode 2000-2006 umfangreiche Erfahrungen sammeln. Auch im RB will der Landkreis Uckermark die Förderung der lokalen Initiativen weiterführen. Es gilt, die Entwicklung der Fähigkeiten der Menschen zu unterstützen, sich vor Ort selbst zu organisieren bzw. schöpferisch tätig zu werden. Mit Hilfe dieser Fähigkeiten sollen lokale Bedürfnisse befriedigt werden, um neue Wege der Beschäftigung zu finden, den sozialen Zusammenhalt zu stärken sowie Ausgrenzungstendenzen entgegenzuwirken.

Für die lokalen Initiativen werden aus dem RB Mittel für 5 bis 10 Initiativen bereitgestellt, wobei die Förderung einer einzelnen Initiative nicht mehr als 10.000 € betragen sollte.

Ziele und Indikatoren		
Strategisches Ziel	Spezifisches Ziel	Indikator
Handlungsfeld 1 - Tourismus Erprobung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten zur weiteren Entwicklung der Tourismusregion Uckermark	Erhöhung der Beschäftigungsmöglichkeiten für die Zielgruppe in der Tourismusbranche	90 % der TeilnehmerInnen erreichen neue Abschlüsse und Befähigungen 10 % der Teilnehmenden schaffen sich einen Nebenerwerb der Frauenanteil in der Maßnahme entspricht dem Verhältnis der arbeitslosen Frauen in der Region
	Entwicklung von Tourismusangeboten zum Thema „Aktiv in der Natur“ und „Wanderbare“ Uckermark	die Anzahl der Gästeankünfte erhöht sich um 5 % die vorhandenen Arbeitsplätze bei den touristischen Leistungsträgern werden stabilisiert
	Sensibilisierung von arbeitslosen Personen zum Engagement in der touristischen Arbeit	50 % der TeilnehmerInnen verstärken die Arbeit der Tourismusorganisationen der Frauenanteil in der Maßnahme entspricht dem Verhältnis der arbeitslosen Frauen in der Region
	Unterstützung bei der Entwicklung eigener Initiativen der Arbeitslosen gemeinsam mit touristischen Leistungsträgern	bis 2010 werden 4 % mehr Anbieter im Haupt- und Nebenerwerb im Tourismus tätig sein der Frauenanteil entspricht dem Verhältnis der arbeitslosen Frauen in der Region
	Begleitung der Netzwerkarbeit der Touristiker der Uckermark Beratung und Begleitung bei weiteren	Schaffung eines Netzwerkes „Wanderbare Uckermark“ für alle Interessenten 5 % der Tätigkeit der Koordinationsstelle RB

	<p>Projektideen – Unterstützung bei der Einwerbung weiterer Fördermittel aus EU, Bund und Land</p> <p>Koordination von transnationalen Projekten im Tourismus mit europäischen Partnern</p>	<p>werden für Beratungen und Begleitungen von Projekten genutzt</p> <p>Koordination von mindestens 2 transnationalen Projekten</p>
<p>Handlungsfeld 1 - Tourismus</p> <p>Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit von arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren in Verbindung mit touristischer Infrastrukturentwicklung</p>	<p>Sensibilisierung der arbeitslosen unter 25 Jährigen zu dem Wirtschaftsfeld Tourismus</p> <p>Erproben von Beschäftigungsmöglichkeiten</p> <p>Übernahme und Weiterführung von im Rahmen der Erprobung geschaffenen Beschäftigungsprojekten zur Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes</p> <p>Öffnung des Modells für interessierte Partner</p> <p>Bündelung der touristischen Aktivitäten in der Modellregion Gerswalde - Schaffung von Synergien mit anderen touristischen Leistungsträgern</p>	<p>90 % der Jugendlichen sind sensibilisiert, der Frauenanteil entspricht dem Verhältnis der arbeitslosen Frauen in der Region</p> <p>100 % der sensibilisierten Jugendlichen erproben Beschäftigungsmöglichkeiten</p> <p>25 % der Jugendlichen begleiten ein Modellprojekt weiter, um ihre Hilfebedürftigkeit zu verringern</p> <p>5 lokale Partner arbeiten mit dem Modellprojekt zusammen</p> <p>3 lokale Partner tauschen mit dem Modellprojekt Leistungen aus und profitieren voneinander</p>
<p>Handlungsfeld 2 - Energiewirtschaft</p> <p>Entwicklung der Uckermark zur Modellregion erneuerbare Energien</p>	<p>Erhöhung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose in der Branche der erneuerbaren Energien zur Verbesserung</p>	<p>40 % der sensibilisierten TeilnehmerInnen nehmen an den Qualifizierungsmaßnahmen teil, davon finden 75 % sozialversicherungspflichtige</p>

	<p>der Fachkräftesituation</p> <p>Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Mädchen und Frauen in dieser Branche</p> <p>Kompetenzentwicklung der am Thema beteiligten Unternehmen zwecks Fachkräfte-, Qualifizierungs- und Ausbildungsbedarfe</p> <p>Begleitung von transnationalen Kontakten, Austausch von best practic Beispielen</p>	<p>Beschäftigungsverhältnisse Mindestens 20 % der in der Vorauswahl rekrutierten TeilnehmerInnen für die Weiterbildungsmaßnahmen sind weiblich</p> <p>Weiterentwicklung vorhandener Netzwerkarbeit – gemessen an den Aktivitäten zum 01.07.2007</p> <p>Begleitung von mindestens 2 transnationalen Projekten 5 % der Tätigkeit der Koordinationsstelle RB werden für Beratungen und Begleitungen von Projekten genutzt</p>
Handlungsfeld 3 - Gesundheitswirtschaft	<p>Erhöhung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose in der Gesundheitsbranche</p> <p>Entwicklung von gesundheitsorientierten Tourismusangeboten</p> <p>Unterstützung bei der Entwicklung eigener Initiativen der Arbeitslosen gemeinsam mit Partnern der Gesundheitswirtschaft bzw. mit touristischen Leistungsträgern bei Initiativen im Gesundheitstourismus</p>	<p>40 % der sensibilisierten Teilnehmerinnen nehmen an den Qualifizierungsmaßnahmen teil, davon finden 25 % sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse</p> <p>Gesundheitsorientierte Angebote erhöhen sich um 5 %, vorhandene Arbeitsplätze bei Leistungsträgern werden stabilisiert</p> <p>bis 2010 werden 4 % mehr Anbieter im Haupt- und Nebenerwerb im Bereich Gesundheitswirtschaft/Gesundheitstourismus tätig sein der Frauenanteil entspricht dem Verhältnis der arbeitslosen Frauen in der Region</p>

	Kompetenzentwicklung der am Thema beteiligten Unternehmen und Leistungsträgern	Weiterentwicklung vorhandener Netzwerkarbeit – gemessen an den Aktivitäten zum 01.07.2007 5 % der Tätigkeit der Koordinationsstelle RB werden für Beratungen und Begleitungen von Projekten genutzt
Strategisches Ziel	Spezifisches Ziel	Indikator
Handlungsfeld 4 – soziale Bürgerarbeit Entwicklung von gemeinwohlorientierter Beschäftigung zur Unterstützung der 3 erst genannten Handlungsfelder	Erprobung von gemeinwohlorientierter Beschäftigung im ländlichen Raum Unterstützung von Initiativen der ersten 3 Handlungsfelder Schaffung und Aufrechterhaltung von sozialer Infrastruktur	Die Erprobung von gemeinwohlorientierter Beschäftigung ist erfolgt. 1 % der im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten im sozialen Bereich aktivierten TeilnehmerInnen beteiligt sich an der gemeinwohlorientierten Beschäftigung
Querschnittsaktionen Schaffung einer neuen Kultur der Chancengleichheit Unterstützung lokaler Bedürfnisse durch lokale Initiativen Unterstützung der Integration von	Sensibilisierung und Weiterführung des Gender-Mainstreaming-Prozesses im Landkreis Uckermark Entwicklung und Erprobung lokaler Initiativen zur Unterstützung der Fähigkeiten der Menschen, sich selbst vor Ort zu organisieren und schöpferisch tätig zu werden	75 % der befragten Unternehmen, Strukturen und TeilnehmerInnen haben den Fragebogen beantwortet 5 % der Tätigkeit der Koordinationsstelle RB werden für Beratungen und Begleitungen von Projekten genutzt 5 bis 10 Initiativen wurden unterstützt 5 % der Tätigkeit der Koordinationsstelle RB werden für Beratungen und Begleitungen von Projekten genutzt 90 % der sensibilisierten TeilnehmerInnen

Arbeitslosen durch die Stärkung regionaler Unternehmen	Erprobung innovativer Instrumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei regionalen Unternehmen	erproben innovative Instrumente, davon finden 30 % ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis 5 % der Tätigkeit der Koordinationsstelle RB werden für Beratungen und Begleitungen von Projekten genutzt
--	---	---

6. Gender

Gender Mainstreaming basiert auf der Zielsetzung, Gleichstellung zwischen den Geschlechtern herzustellen und geschlechtsbezogene Diskriminierungen abzubauen. Gender Mainstreaming fungiert in dem Sinne auch in der Ausgestaltung des Regionalbudgets als Querschnittsaufgabe.

Ziel ist es, die Geschlechterperspektive bei der konzeptionellen Ausgestaltung aller Handlungsfelder des Regionalbudgets ebenso wie bei der praktischen Durchführung der Maßnahmen angemessen zu integrieren.

Erster Schritt ist die generelle Gendersensibilisierung der am Regionalbudget beteiligten Akteure. Hierbei wird deutlich gemacht, dass die konkrete Umsetzung der Verbesserung der Chancengleichheit zwischen Frau und Mann im Regionalbudget ein wesentliches Anliegen ist. Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern kann nur bei entsprechenden Angeboten erreicht werden. Deshalb ist es wichtig, die im Regionalbudget umzusetzenden Maßnahmen mit den in der Region vorhandenen Angeboten (Bsp. Nutzung von Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder) abzustimmen. Alle Akteure werden animiert, ihre Einstellung und ihr Wissen zum Genderansatz zu prüfen. Während des Umsetzungsprozesses der Maßnahmen des Regionalbudgets werden Themen, wie die Erarbeitung flexiblerer Öffnungszeiten, Arbeitszeiten und Arbeitsformen aufgegriffen, um es Frauen und Männern zu erleichtern, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.

In einem **zweiten Schritt** werden die an den Maßnahmen beteiligten Unternehmen in das Gender-Thema eingeführt. Mit Hilfe von Workshops und einem Einsatz eines schon im Bundesmodell „Beschäftigungspakte für Ältere – Perspektive 50 +“ erprobten Fragebogens für Unternehmen wird die Umsetzung des Gender Mainstreamings in die Unternehmen getragen.

Im **dritten Schritt** werden die TeilnehmerInnen in den Projekten über Gender informiert. Gleichzeitig werden auch die Trägerstrukturen einbezogen. Auch hier greifen wir auf bewährte Fragebögen aus dem „Beschäftigungspakt“ zurück.

Fragen, wie

- Welche Maßnahmen plant der Projektträger zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit?
- Wer profitiert von dem Angebot/Projekt/Maßnahme?
- Werden die Zielgruppen unter einem geschlechterbezogenen Blickwinkel wahrgenommen und angesprochen?
- Werden die Zugangsvoraussetzungen bei der Teilnahme am Projekt entsprechend den unterschiedlichen Voraussetzungen von Frauen und Männern gestaltet?

werden im Rahmen der Umsetzung des Regionalbudgets beantwortet.

Die Projektträger verpflichten sich, die gemeinsam erarbeiteten Festlegungen zur Sicherung einer geschlechtergerechten Maßnahmegestaltung und –durchführung einzuhalten.

7. Organisation und Umsetzung des Regionalbudgets in der Uckermark

Eine wirksame Durchführung des Regionalbudgets in der Uckermark erfordert effektive und effiziente Organisations- und Durchführungsstrukturen.

Die inhaltliche und organisatorische Verantwortung für das Regionalbudget liegt beim Landkreis Uckermark - Amt zur Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Das Amt zur Grundsicherung für Arbeitsuchende übernimmt die zeitliche und inhaltliche Planung und Umsetzung des Gesamtprojektes Regionalbudget sowie die fachliche Anleitung der Koordinierungsstelle Regionalbudget. Das Amt zur Grundsicherung für Arbeitsuchende übernimmt die Informationsweitergabe in den Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie an den Kreistag Uckermark. Im Rahmen des regionalen Beschäftigungsbündnisses als Plattform der Vertreter aus Unternehmen, Kammern und Verbänden, Sozialpartnern und Bildungs- und Beschäftigungsträgern zur Begleitung des Optionsmodells im Landkreis Uckermark wird regelmäßig über die Ziele und Aufgaben des Regionalbudgets informiert und seine Fortschreibung begleitet.

Weiterhin nimmt das Amt zur Grundsicherung für Arbeitsuchende an überregionalen Treffen auf Einladung des MASGF oder der LASA teil und organisiert die transnationale Projektarbeit.

In Zusammenarbeit mit den Trägerstrukturen der Maßnahmen im Regionalbudget bereitet das Amt zur Grundsicherung für Arbeitsuchende die finanzielle Abwicklung des Gesamtprojektes vor. Die konkreten Vereinbarungen zu den zu erbringenden Leistungen werden durch den Landkreis Uckermark im Rahmen einer gesonderten Zielvereinbarung mit der LASA Brandenburg GmbH schriftlich festgelegt.

7.1 Durchführung und Steuerung des Regionalbudgets

Mit dem Start des Regionalbudgets am 1. Juli 2007 wird der Lenkungsausschuss für das Regionalbudget aktiv. Der Lenkungsausschuss ist das Steuerungsinstrument zur strategischen Entscheidungsfindung. Er übernimmt die Bevotung der zu fördernden Projekte.

Der Beirat zur Durchführung des Zweiten Buches Sozialengesetzbuch (SGB II) soll die Aufgabe des Lenkungsausschusses im Landkreis Uckermark übernehmen (DS-Nr. 173/2004).

Der Beirat begleitet die fachliche Planung und Umsetzung des Eingliederungsbudgets und hat folgende Aufgaben:

- Der Beirat ist das Überwachungsorgan des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende in Bezug auf die Verteilung des Eingliederungsbudgets.
- Er genehmigt und stimmt der strategischen Ausrichtung des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu.
- Die Mitglieder des Beirates erschließen in ihren Zuständigkeitsbereichen alle umsetzbaren Möglichkeiten zur Eingliederung in Arbeit der nach dem SGB II anspruchsberechtigten Personen.
- Der Beirat trägt zur Bündelung und Vernetzung der Ressourcen einer sinnvollen Beschäftigungs- und Eingliederungsstrategie bei und
- wirkt auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller am Entscheidungsprozess beteiligten regionalen AkteurlInnen hin.

- Der Beirat tritt für die konzeptionelle Weiterentwicklung der Eingliederungsleistungen ein.

Folgende Vertreter arbeiten im Beirat:

- Landrat des Landkreises Uckermark
- zuständiger Dezernent
- Amtsleiterin des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende
- Arbeitsmarktkoordinator des Landkreises Uckermark
- Vorsitzender des Kreistages
- Vorsitzende(r) der Kleinen Liga der Wohlfahrtsverbände
- Geschäftsführer des Uckermärkischen Regionalverbundes
- DGB Regionsvorsitzender
- Kreishandwerkerschaft
- Industrie- und Handelskammer
- Unternehmervereinigung Uckermark e.V.

Nach Bedarf kann der Landrat weitere Mitglieder zur Mitarbeit beauftragen. Zur Umsetzung des Regionalbudgets kämen Vertreter der

- Agentur für Arbeit,
- Regionalberaterin der LASA Brandenburg GmbH,
- weitere Fachämter der Kreisverwaltung Uckermark

hinzu.

Die entsprechenden Projektunterlagen werden den Ausschussmitgliedern mindestens zwei Wochen vor der Tagung zur Verfügung gestellt.

Zur Umsetzung des Regionalbudgets im Landkreis Uckermark schafft sich das Amt zur Grundsicherung für Arbeitsuchende im Rahmen einer Vergabe an Dritte mit der „Kordinierungsstelle Regionalbudget“ eine Unterstützungsstruktur.

Die Kordinierungsstelle Regionalbudget ist für die Informationsweitergabe an die Projekte und das Amt zur Grundsicherung für Arbeitsuchende verantwortlich. Es begleitet auch den Infoaustausch zwischen den Projekten.

Weiterhin gilt es, den Ablauf der einzelnen Durchführungsphasen des Regionalbudgets zu organisieren.

Vorbereitung der Durchführung

- Abstimmung und Vorbereitung der geplanten Aktionen – Vorbereitung der Information an die politische Legislative
- Organisation der Auftaktkonferenz in Verknüpfung mit dem regionalen Beschäftigungsbündnis
- Erstellung eines Arbeits- und Zeitplans

Durchführung

- Zentrale Anlaufstelle für alle interessierten Akteure und Unternehmen zur Projektberatung und Projektentwicklung
- Vorbewertung der Projekte nach vorgegebenen Bewertungsmaßstäben und Vorbereitung einer Entscheidungsvorlage für den als Lenkungsausschuss fungierenden Optionsbeirat
- Begleitung der Projekte
- Organisation und Durchführung einer formativen Evaluation – geprüft wird die Wirkung der Ergebnisse und die Zielerreichung, die hierbei gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Fortschreibung des Regionalbudgets
- Ansprechstelle für alle interessierte Akteure und Unternehmen – Projektberatung und Unterstützung bei der Projektentwicklung
- Beratung über weitere Fördermöglichkeiten aus EU, Bund, Land und Aufzeigen von Verzahnungsmöglichkeiten
- Unterstützung der Netzwerke der Region, Übernahme von Koordinations- oder Moderationsaufgaben
- Begleitung neuer Ideen zur Verzahnung mit weiteren arbeitsmarktpolitischen Instrumenten

Umsetzung der Projekte

- Controlling der Zielerreichung
- Prüfung des Struktureffekts und der Nachhaltigkeit für die Teilnehmenden und die Region
- Anpassung der definierten Beschäftigungs- und Qualifizierungsziele an die sich veränderten Ausgangsbedingungen während der Umsetzung des Regionalbudgets bis 2013
- Begleitung der Genderstrategie
- Organisation von Konferenzen, Veranstaltungen, Workshops und Erfahrungsaustauschen

Fortschreibung des Prozesses Regionalbudget

- Darstellung der erreichten Ergebnisse
- Formulierung neuer Ziele und Indikatoren, um die im Prozess der Kreisentwicklung definierte Beschäftigungsstrategie des Landkreises Uckermark – Verbesserung der Arbeits- und Lebensqualität zu unterstützen
- Einbezug aller regionalen Akteure zur Erkundung weiterer Handlungs- und Aktionsfelder
- Entwicklung und Erprobung innovativer Instrumente zur Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung mit dem Ziel der Gewinnung weiterer Partner zur Kofinanzierung der Maßnahmen des Regionalbudgets

7.2 Kriterien der Projektauswahl

Damit die in dem vorliegenden Konzept zur Umsetzung des Regionalbudgets in der Uckermark formulierten Ziele auch tatsächlich erreicht werden können, müssen die mit diesen Mitteln geförderten Vorhaben und Projekte bestimmte Kriterien erfüllen. Dabei gliedert sich eine zu entwickelnde Bewertungsmatrix in die Folgenden drei Gruppen von Auswahlkriterien:

- Anforderungen an den Projektträger,
- Passfähigkeit in Bezug auf die Erreichung der strategischen und spezifischen Ziele des Regionalbudgets
- Anforderungen an das vorgeschlagene Projekt

Unter diesen drei „Überschriften“ sind folgende Einzelkriterien gestellt worden:

Projektträgerschaft und Eigenbeteiligung

- Elementare Voraussetzung für das Projekt ist eine geklärte und gesicherte Projektträgerschaft;
- Sicherung der finanziellen Eigenbeteiligung durch Mittel aus der Wirtschaft (Unternehmen), der Agentur für Arbeit, dem Amt zur Grundsicherung für Arbeitsuchende oder anderer Mittel Dritter.

Einordnung in eines der Handlungsfelder des RB oder wirtschaftsnahe Querschnittsaktionen

- Das eingereichte Vorhaben liefert einen messbaren Beitrag zur Erreichung der in den Handlungsfeldern bzw. in den wirtschaftsnahen Querschnittsaktionen definierten Ziele, der mit Hilfe von Indikatoren eindeutig zu- und abrechenbar sind.

Nachfrage / Bedarf und Wirtschaftlichkeit

- An Hand von statistischen Ausgangsdaten sowie tatsächlich signalisierten Bedarfen der Unternehmen, erfolgt die Zielformulierung innerhalb der Projekte und die Definition der Indikatoren, die den Mehrwert des Projektes für die regionale Strukturentwicklung belegen.

Nachhaltigkeitskriterien im Gefolge der Projektdurchführung

- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
- Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslose,
- lokale oder regionale Wertschöpfung,
- Nutzung lokaler Ressourcen,
- Netzbildung als Merkmal eines qualitativen Strukturwandels,
- Entwicklung und Stärkung lokaler Kompetenzen durch Vermittlung und Aneignung von Kompetenzen und Qualifikationen, Sicherung/Schaffung von Beschäftigungsmaßnahmen, Verbesserung der Kapazitäten zur Kooperation, Maßnahmen zur Förderung regionaler Identität.

- Schaffung /Gewährleistung von Zugangsmöglichkeiten/ Chancengleichheit/ Beteiligung: z.B. Mobilitätsangebote, Infrastrukturen für Kinderbetreuung u.a., Beteiligungsmöglichkeiten für soziale Gruppen.

In den Projektangeboten ist detailliert zu beschreiben, mit welchen Mitteln und Methoden die o. g. Zielgrößen erreicht werden sollen und wie der Beitrag des Projektes nach seiner Durchführung aussehen soll.

7.3 Beteiligungsprozess und Öffentlichkeitsarbeit

Für eine partnerschaftliche Programmierung und Durchführung des Regionalbudgets sind Beteiligungsverfahren und eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit unerlässlich. Damit sich potenzielle Nutzer des Regionalbudgets einen Eindruck von den Förderzielen und -möglichkeiten verschaffen können, benötigen sie praxisbezogene Informationen. Diese Informationen werden über eine breite Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt.

Zu den Instrumenten dieser Öffentlichkeitsarbeit gehören u. a. Flyer, Imagebroschüren oder auch Artikel in Presseerzeugnissen. Damit diese Informationen die Presse erreicht, werden in unregelmäßigen Abständen professionelle Pressemitteilungen erarbeitet. In diesen Presseinformationen werden sowohl die Ziele des Regionalbudgets wie auch einzelner Teilprojekte und deren Ergebnisse vorgestellt. Ebenfalls in unregelmäßigen Abständen werden zu gegebenen Anlässen Pressekonferenzen oder auch Projektrundfahrten durchgeführt.

Internet und andere elektronische Medien unterstützen die Öffentlichkeitsarbeit. So ist geplant, auf Homepage des Landkreises Uckermark über die Förderung und die mit ihr erzielten Ergebnisse des Regionalbudgets zu berichten.

Im Sinne einer vorausschauenden Planung wird ein entsprechender Medienplan erstellt, der aufzeigt, welche Aktionen zu welchen Terminen geplant sind und welche Zielgruppen mit welchen Maßnahmen angesprochen werden sollen. Der Einsatz von PR-Mitteln erfolgt stufenweise und abgestimmt auf die jeweilige Prozessphase. Die Verantwortung für die Information der Öffentlichkeit liegt bei der Koordinierungsstelle RB in Absprache mit dem Landkreis Uckermark.